Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 28. Freitag, den 6. April 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 10. April 1894, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 13. April 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **30. März 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger zu beantworten, welche sich auf die Vorgänge im Lagerhause bezog und folgende Fragen enthält (liest): „1. Ist der Herr Vice-Bürgermeister geneigt, Erhebungen über die in dieser Anfrage mitgetheilten Behauptungen zu pflegen und das Resultat derselben ehethunlichst bekanntzugeben? 2. Welche Verfügungen gedenkt der Herr Vice-Bürgermeister für den Fall, als sich die Angaben bestätigen, behufs Verhinderung der Wiederholung solcher Vorkommnisse zu treffen?"

In der gleichen Angelegenheit hat Herr Gem.-Rath Sauerborn eine Anfrage gestellt, welche lautet (liest): „Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass den Arbeitern des städtischen Lagerhauses ein Abzug von ihrem Taglohne gemacht wurde, und wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich darüber Bericht erstatten zu lassen und eventuell zu verfügen, dass den Arbeitern der in Abzug gebrachte Lohn nachträglich ausgezahlt werde?"

Ich habe die Ehre, darauf Folgendes mitzutheilen:

Es wird auf Grund der vom Magistrate im städtischen Lagerhause gepflogenen Erhebung Folgendes berichtet (liest):

„Aus Anlass des Leichenbegängnisses des Herrn Bürgermeisters Dr. Prix am 28. Februar d. J. hat die Lagerhaus-Verwaltung verfügt, dass an diesem Tage die Kanzleien und Magazine des städtischen Lagerhauses um 11½ Uhr vormittags geschlossen wurden.

Die für diesen Tag aufgenommenen Arbeiter wurden daher nur einen halben Tag beschäftigt.

Wiewohl nun in der für das städtische Lagerhaus giltigen Arbeitsordnung und in den diesfälligen Lohnbestimmungen festgesetzt ist, dass Taglöhne nur für die thatsächliche Arbeitszeit nach ganzen, halben und viertel Arbeitstagen berechnet werden, und dass der Taglohn für den halben Arbeitstag 60 kr. beträgt, hat die Lagerhaus-Verwaltung nach der eingesehenen Tagesliste vom 28. Februar d. J. an die beschäftigt gewesenen 279 Taglöhner je 1 fl. ausbezahlt (Rufe rechts: Nun also!), also per Mann um 40 kr. mehr, als diese Arbeiter anzusprechen hatten. Übrigens hat der Lagerhaus-Director erst kürzlich den Beweis dafür geliefert, dass er bestrebt ist, die Lage der Lagerhaus-Arbeiter nach Thunlichkeit zu verbessern, indem er die Einführung getroffen hat, dass die bisher festgesetzten Lohnsätze vom 1. April 1894 an für eine tägliche achtstündige Arbeitszeit zu gelten haben, und dass demnach den Arbeitern in den Sommermonaten, d. i. vom 1. April bis 1. October, wo die Arbeitszeit 9 Stunden beträgt, eine Überstunde vergütet und den jugendlichen Arbeitern und Frauen mit 10 kr., den Taglöhnern mit 15 kr. und den Wochenarbeitern mit 20 kr. für den Arbeitstag ausbezahlt wird.

Was den Wochenarbeiter Max Horaczek betrifft, so wurde erhoben, dass derselbe am 23. December v. J. durch auf ihn gefallene Säcke verletzt wurde, worauf er theils im Spitale, theils in häuslicher Pflege sich befand.

Horaczek ist seit 12. März d. J. wieder im städtischen Lagerhause als Wochenarbeiter thätig.

Horaczek gab an, dass er während seiner Krankheit seine Frau zu dem Lagerhaus-Beamten Bacher geschickt habe, um einen Vorschuss von 10 fl. zu erbitten.

Bacher hat jedoch die Frau abgewiesen, und zwar wie erhoben wurde, ohne vorher den Lagerhaus-Director zu befragen.

Der Lagerhaus-Director hatte sonach von der Bewerbung des Horaczek um einen Vorschuss keine Kenntnis.

Später wendeten sich die Wochenarbeiter Kamela und Salzbauer an den Lagerhaus-Director um die Erlaubnis, für Horaczek eine Sammlung unter den Arbeitern veranstalten zu dürfen.

Der Lagerhaus-Director bedeutete ihnen nach Aussage Kamelas, sie mögen keine Sammlung veranstalten, er werde dem Horaczek das, was sie im Wege einer Sammlung zusammenbringen können, als Vorschuss geben.

Horaczek hat dann auch von der Lagerhaus-Verwaltung einen Vorschuss von 10 fl. erhalten.

Schließlich wird bemerkt, dass Horaczek während seiner Krankheit von der Bezirkskrankencassa täglich 1 fl. 2 kr. und außerdem anlässlich des erlittenen Unfalles vom „Vereine von Industriellen zur Versicherung gegen körperliche Unfälle" eine Entschädigung von 180 fl. erhalten hat. (Rufe rechts: Hört! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ändert aber nichts an der Lage. Es ist alles wahr, was ich gesagt habe!)

Es war unthunlich, bei den vom Magistrate in dieser Angelegenheit gepflogenen Erhebungen die Intervention des Lagerhaus-Directors zu umgehen, da sonst die Disciplin unter den Lagerhaus-Arbeitern gelockert würde."

Nach dem Vorausgeschickten bin ich nicht in der Lage, dem Lagerhaus-Verwalter einen Vorwurf zu machen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich schon!)

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes:

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

2. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger:

Infolge der Entlassung eines Arbeiters, welcher offenbar ein Vertrauensmann der Gasarbeiter ist, haben diese die Arbeit eingestellt. Die Absicht der englischen Gasgesellschaft, durch welche sie zu ihrem Willküracte verleitet wurde, ist eine durchsichtige und das Vorgehen der Arbeiter ist daher leicht erklärlich.

Es muss nun als geradezu frivol bezeichnet werden, wegen eines einzigen Arbeiters über eine Stadt, wie Wien, eine Gefahr heraufzubeschwören, deren Folgen gar nicht abzusehen sind.

In diesem Falle wäre nun den Behörden Gelegenheit gegeben, der englischen Gasgesellschaft zu zeigen, dass das von ihr beliebte Vorgehen in Österreich nicht geduldet wird.

Nun liest man aber nur von Vorkehrungen gegen die Arbeiter, hingegen nichts von Vorkehrungen gegen die englische Gasgesellschaft.

Es wird vielmehr die letztere in den offenbar von ihr subventionierten Blättern als ein unschuldiges Opfer hingestellt, der Strike als vis major bezeichnet u. s. w., so dass gar mancher Leser geneigt sein könnte, die österreichischen Arbeiter als ungerechte Ausbeuter der „armen" englischen Gesellschaft zu betrachten.

Wir stellen nun folgende Frage:

Durch welche Mittel gedenkt der Herr Bürgermeister die englische Gasgesellschaft zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu zwingen?

Bürgermeister: Mir ist vorläufig nicht bekannt, dass die englische Gesellschaft ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinde Wien nicht nachgekommen wäre. Sobald mir ein Bericht zukommen sollte, dass eine Verletzung der Vertragspflichten seitens der englischen Gesellschaft stattgefunden hat (Gem.-Rath Strobach: Dann ist es zu spät!), werde ich auf Grund des Vertrages vorgehen. (Gem.-Rath Strobach: Dann ist es zu spät!)

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

3. Interpellation des Gem.-Rathes Bärtl:

Durch das anhaltende schöne Wetter entwickeln sich allerorts solche Staubmassen, und nicht nur auf den Straßen, auch in den Gärten, Anlagen und namentlich im Stadtpark und Reservegarten; es ist fast nicht zum Gehen vor lauter Staubmassen.

Wenn schon die Bespritzungs-Contrahenten vor dem 1. April nicht verhalten werden können, zu bespritzen, so sollte man glauben, dass das Bespritzungspersonale der Commune Wien auf der Ringstraße und in den Gartenanlagen sofort dazu verhalten werde.

Es ist dringend geboten, dass sofort darangegangen werden muss.

Gefertigter erlaubt sich das dringende Ersuchen an den Herrn Bürgermeister,

ob er geneigt ist, sowohl auf der Ringstraße als auch in den Gartenanlagen das Nöthige sofort zur Bespritzung zu veranlassen?

Bürgermeister: Es ist die Verfügung getroffen, dass in den nächsten Tagen einige Hydranten zur Straßenbespritzung bereit stehen.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

4. Interpellation des Gem.-Rathes Röhrl:

Die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft hat vor einem Monate bei dem löblichen Magistrate um die Bewilligung zur Verlegung ihres Schienenstranges aus der engen Plankengasse in die Ullmannstraße des XIV. Bezirkes angesucht.

Bis heute ist der obgenannten Gesellschaft eine Entscheidung nicht zugekommen.

Ich erlaube mir daher an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu stellen:

Was ist mit diesem Ansuchen geschehen, und wann gedenkt der Herr Bürgermeister diese Angelegenheit in Verhandlung zu bringen?

Bürgermeister: Ich werde über den erwähnten Gegenstand Erhebungen pflegen und sohin berichten.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

5. Interpellation des Gem.-Rathes Gräf:

Die Kanzlei- und Hilfsbeamten (Diurnisten) des Bezirksamtes für den XVI. Bezirk sind seit 7. Februar d. J. aus Anlass eines nicht durch sie verschuldeten großen Acten-Rückstandes gleich den Conceptsbeamten, mit Ausnahme zweier dem Concepte wohl zugetheilter, aber dem Kanzleistatus angehöriger Beamten, verpflichtet worden, jeden zweiten Tag von 8 bis 12 und von 2 bis 7 Uhr, also durch $9\frac{1}{2}$ Stunden Dienste zu leisten, und zwar bis zur vollständigen Aufarbeitung des durch $2\frac{1}{4}$ Jahre angehäuften Rückstandes — ohne jedwede Vergütung.

Im § 33 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten und Diener heißt es zwar: „Die städtischen Beamten haben die vorgeschriebenen Amtsstunden genau einzuhalten und wenn es der Dienst erfordert, zeitweilig auch länger zu arbeiten."

Nachdem nun die Kanzlei- und Hilfsbeamten dieses Bezirksamtes schon im Vorjahre über ein Vierteljahr nachmittags ohne Entgelt Dienste geleistet haben, jetzt aber dieser Nachmittagsdienst in Permanenz, für unabsehbare Zeit wegen Rückstände, welche durchaus nicht von diesen Beamten herrühren, erklärt wird, so kann diese permanente Nachmittagsdienstleistung durchaus nicht mit jener im § 33 der Dienstpragmatik als zeitweilig bezeichneten identificiert werden und wäre daher diese Mehrarbeit mindestens mit der Zuweisung eines Kostgeldes oder anderweitig separat zu honorieren.

Seit dem Bestande des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk sind diese Beamten durch mehrere Nachmittage in jeder Woche freiwillig ins Amt gekommen oder haben zu Hause ämtliche Arbeiten verrichtet.

Der erwähnten Dienstpragmatik sind jedoch nur die Beamten und Diener unterworfen, nicht aber die Hilfsbeamten, denen bei ihrer Aufnahme noch besonders betont wurde, dass sie, nachdem täglich nur sechs Amtsstunden seien, auch eine Nebenbeschäftigung versehen könnten.

Bei dem Umstande, als diese Kanzlei- und Hilfsbeamten durch die vorstehend geschilderte Heranziehung zur Diensteleistung in den Nachmittagsstunden in erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden, sind dieselben auch pecuniär dadurch geschädigt, dass dieselben infolge ihrer vom Amte weit gelegenen Wohnorte gezwungen sind, den Mittagstisch nicht zu Hause, sondern in vom Amte nahe gelegenen Gasthäusern einzunehmen, wodurch denselben Geldauslagen erwachsen, die sie auf die Dauer von ihrem Einkommen nicht bestreiten können.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob derselbe geneigt sei, ehestens zu veranlassen, dass den Kanzlei- und Hilfsbeamten bei dem magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk für ihre außergewöhnliche Dienstleistung in

den Nachmittagsstunden das denselben gebürende Kostgeld von täglich 84 kr. auf die Dauer ihrer nothwendigen Verwendung angewiesen und auf diese Weise dem Gebote der Gerechtigkeit entsprochen werde, und ob derselbe ferner geneigt wäre, dem für länger unhaltbaren Zustande der Überbürdung der Beamten an diesem Bezirksamte durch entsprechende Vermehrung des Personales abzuhelfen?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Eigner:**

Gegenwärtig werden im XVII. Bezirke auf dem sogenannten Mitterberge die Wasserleitungsrohre gelegt. Seit dem Beginne der Arbeiten sind nun bereits 14 Tage verstrichen, und in vielen Gassen sind die Cunetten bis heute noch offen, ohne gelegte Röhren, so dass viele Gassen- und Straßenkreuzungen, dann Übergänge, Zufahrten und Zugänge zu den Häusern, Geschäften und zu Material- und Zimmerplätzen völlig abgesperrt sind. Die Verzögerung der Arbeiten wird dann weiters um so fühlbarer, als für die Sicherheit in nicht entsprechender Weise gesorgt ist. Es werden die ausgehobenen Rohrgräben weder der Länge nach, noch an den Straßenkreuzungen mit Balken oder Geländern abgescheucht, die Straßenübergänge und Überfahrten rechtzeitig abgesperrt, noch sind dieselben genügend beleuchtet, so dass es am verflossenen Dienstag den 27. März abends geschehen konnte, dass einige Menschen und Fuhrwerke, d. i. Pferde und Wägen, an der Kreuzung der Leopoldigasse und Weinhauserstraße über die ungeschützten Rohrgräben daselbst stürzten und die Wägen stecken blieben. Mit Hilfe der nächsten Bewohner gelang es, Pferde und Wägen wieder zu retten; ich selbst überzeugte mich von der Wahrheit des bedauerlichen Vorfalles und schickte um einen Wachmann, der die Situation in Augenschein nahm und einen für diese Arbeiten bestimmten Wächter erst aufsuchen lassen musste, welch letzterer dann erst die Abscheuchung und Beleuchtung besorgte.

Sind dem Herrn Bürgermeister die scandalösen Zustände bei der Legung der Wasserleitungsrohre im XVII. Bezirke bekannt? Wenn nicht, so ersuche ich dringend, Folgendes zu veranlassen: (Vgl. den Antrag sub 7.)

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner** unter Bezugnahme auf die früher verlesene Interpellation:

1. Dass die Unternehmer, die Herren Stadtbaumeister Daxlmüller und Kautz und die beiden Subunternehmer Götz und Santinella verpflichtet werden, sämmtliche im XVII. Bezirke aufgegrabenen Straßen, Gassen, Plätze, dann sämmtliche Übergänge und Straßenkreuzungen nach den gesetzlichen Vorschriften abzuscheuchen und abzusperren und bei Nacht gut beleuchten zu lassen, sowie dass der von ihnen angestellte Wächter veranlasst werde, seinen Controldienst die ganze Nacht zu versehen.

2. Dass so viele Monteure und Maurer angestellt werden, dass die Rohrlegung und die Vermauerung der Canäle, sowie die Herstellung der Einsteigschächte für die Wasserwechsel und Luftventile in den ausgehobenen Cunetten rechtzeitig vollendet werden, um die Zuschüttung nicht zu verzögern.

3. Dass bei der Zuschüttung der Cunetten mindestens so viele Arbeiter stoßen, als einschaufeln, um etwaige nachfolgende Senkungen zu vermeiden.

4. Und dass bei jeder vollendeten Cunette jede Straßen- oder Gassenfläche von dem ausgehobenen Erdmateriale sehr gut gereinigt werde, um vor Staub und Koth bei Regenwetter geschützt zu sein, und um dadurch vorzubeugen, dass die Commune nicht selbst auf ihre Kosten von ihren eigenen Straßenkehrern die Reinigung und die Verführung des Schuttes vorzunehmen hat.

Bürgermeister: Wird geschäftsordnungsmäßig vorberathen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner:**

Voraussichtlich wird im kommenden Frühjahre die Einwölbung und die Verlegung des Arbesbaches in die Sieveringer Hauptstraße in der Strecke von der Grinzingerstraße in Ober-Döbling bis zum Zusammentreffen mit dem Arbesbache beim Hause Nr. 81 Hauptstraße in Unter-Sievering durchgeführt werden.

Da selbstverständlich dieser Bachcanal in die Straßenachse zu liegen kommt, die heutigen Grundgrenzen gegen die Straße, sowie das Trottoir stellenweise ziemlich weit in den ministeriell genehmigten Straßenzug vorrücken, ist einerseits die Regulierung dieser Straße von Haus Nr. 2 bis Nr. 38 nächst der Grinzingerstraße in Sievering eine Vorbedingung, die noch vor dem Baubeginne erfüllt werden muss, um nicht bei der Durchführung dieses Canalbaues auf Schwierigkeiten zu stoßen und die Passage womöglich zu erhalten, andererseits ist aber auch bei dem Umstande, als diese einzige Verkehrsstraße während der Bauzeit dieses Canales für den Verkehr abgesperrt werden muss, Rücksicht darauf zu nehmen, dass der Verkehr anderweitig bewerkstelligt werden kann, was aber nur durch die Grinzingerstraße möglich ist, welche in dem heutigen Zustande für größeren Verkehr vollständig ausgeschlossen ist.

Es ist daher dringend nothwendig, dass sowohl die Sieveringer Hauptstraße als auch die Grinzingerstraße, welche die einzige nächste Verbindungsstraße der angrenzenden Bezirkstheile Sievering, Grinzing, Heiligenstadt, Nussdorf ist, reguliert und chausséemäßig angelegt wird.

Nachdem die Regulierung der Weinberggasse infolge übermäßiger Grundentschädigungs-Ansprüche seitens der Grundbesitzer undurchführbar erscheint, hiefür aber bereits ein Betrag von 16.000 fl. in das Budget pro 1894 eingestellt worden ist, so erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Es sei für den Fall, als die Regulierung der Weinberggasse nicht zustande kommt, der hiefür in das Budget pro 1894 eingestellte Betrag zur Regulierung des oberwähnten Theiles der Sieveringer Hauptstraße und der Grinzingerstraße zu verwenden.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Rauscher** und Genossen:

In den letzten Jahren haben sich in Wien sogenannte Leichenbestattungs-Unternehmungen gebildet, die zur Zeit derartig ausgestattet sind, dass man sie als förmliche „private Entfettungs-Curanstalten“ der trauernden Bevölkerung bezeichnen könnte. Sie bekämpfen sich zwar, was die Concurrenz anbelangt, gegenseitig auf jede mögliche Art, sind jedoch in einem Punkte vollkommen einig, in dem Punkte nämlich, aus der Trauer und dem Unglücke einer Familie sich selbst Nutzen und Vortheil zu verschaffen.

Diese Unternehmungen haben in der Regel ihre Agenten in einzelnen Pfarren installiert, welche zunächst die Aufgabe haben, sich um die eingetretenen Sterbefälle zu bekümmern und die Anordnungen der Begräbnisse zu treffen. Zur schärferen Beleuchtung der Agentenwirtschaft sei erwähnt, dass diejenige Person, die einem dieser Agenten einen Sterbefall zuerst zur Anzeige bringt, von demselben ein Honorar von 100, von 50, von 20 fl., mindestens aber einen „Finderlohn“ von 10 fl., je nach den Verhältnissen der Partei, in welcher der Sterbefall vorgekommen ist, erhält.

Auf diese und auf andere Art suchen die Agenten einander den Vortheil abzugewinnen. So geschah es in einem Falle, dass einer dieser Agenten, nachdem ihm um Mitternacht von einem Sterbefalle durch die Hausmeisterin berichtet wurde, vor dem Trauerhause in einem Fiaker übernachtete, um seinen Collegen von den Concurrenz-Gesellschaften zuvorzukommen und als erster vorgelassen zu werden. Ähnliche und ärgere Fälle, wo aus dem Tode des Nebenmenschen Geschäft gemacht wird, wiederholen sich täglich, und jedermann wird und muss — ohne Rücksichtnahme auf Parteiangehörigkeit — zugeben, dass derlei Vorkommnisse die Leidtragenden höchst peinlich berühren, ihre Gefühle der Pietät in gröblichster Weise verletzen und sowohl in ethischer wie in moralischer Beziehung im höchsten Grade schädlich auf die Allgemeinheit einwirken müssen!

In Wien bestehen derzeit zwei größere und mehrere kleinere Leichenbestattungs-Unternehmungen; einige haben ihren Wohnsitz in den inneren zehn Bezirken, andere befinden sich außerhalb der früher zurecht bestandenen Scheidemauern, genannt Linienwälle.

Selbstverständlich berechnen die ersteren ihre Tarife bedeutend höher als die letzteren, aber beider Preise sind unbestreitbar als enorm hoch anzusehen!

Was die Einrichtung der Leichenbestattungs-Unternehmungen anbelangt, will ich erwähnen, dass dieselben die einzelnen Leichenbegängnisse nach Classen eintheilen, und zwar:

A. In eine Prachtclasse, die zumeist ohne fix normierten Preis, nach Übereinkommen mit den Parteien, berechnet wird (sic!) und

B. in weitere, mehr oder minder zahlreiche Classen, die sehr eigenthümlich berechnet werden, ein Umstand, der dieselben in Schatten zu stellen hauptsächlich geeignet ist.

Ohne jede Specification des Betrages für Post „Classe“ wird, quasi für den Accord selbst, als feststehender Fundamentalbetrag, zu welchem extra die Preise für jede Art der Leistung für jedes beigestellte Stück in Detail hinzugeschlagen werden, eine Summe angesetzt, die vor allem anderen zu bezahlen ist. Als Beispiel entnehme ich einige Proben dem „Preiscourant“ einer größeren Unternehmung der Inneren Stadt.

Dieselben berechnet laut Beilage A:

Für die Prachtclasse complet	2400	fl.
„ „ große I. Classe mit ½ Prachtsarg	775	„
„ „ I. Classe B mit Engelsarg	525	„
„ „ I. „ A ohne „	415	„
„ „ II. „	250	„
„ „ III. „	150	„
„ „ IV. „	115	„
„ „ V. „	60	„
„ „ VI. „ gefahren	35	„
„ „ VI. „ getragen	30	„

Das sind die Preise ohne Aufbahrung!

Kommt nun die Aufbahrung hinzu, so wird ganz anders gerechnet. Da stellt sich der Betrag verhältnismäßig bedeutend höher.

Für die Prachtclasse bleibt der Betrag von 2400 fl. der gleiche, ob mit oder ohne Aufbahrung.

Für die große I. Classe mit ½ Prachtsarg werden	850	fl.
„ „ I. Classe B mit Engelsarg	600	„
„ „ I. „ A ohne „	500	„
„ „ II. „	300	„
„ „ III. „	180	„
„ „ IV. „	130	„
und „ „ V. „	70	„

berechnet.

Bei der VI. Classe scheint es überhaupt keine Aufbahrung zu geben.

Dass ein gewisser Betrag, der natürlich specificiert sein musste, als Fundamentsbetrag für die Abnützung des Leichenwagens, der Trägeruniformen und dergleichen normiert sein könnte, wäre ja wohl selbstverständlich! Nicht begreiflich ist jedoch die jetzige Höhe dieses fixen Betrages, welcher nahe an die Grenze des Erlaubten streift und einer Volksausbeutung so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen, da in 1 bis 2 Stunden die benöthigten Utensilien nie so sehr abgenützt werden können, um die angegebenen unerhörten Preise zu rechtfertigen. Einen Beweis zu diesen Angaben liefern die durchwegs sehr gut situierten Wiener Leichenbestattungs-Unternehmungen; denn der Reingewinn aus diesen Unternehmungen stellt sich auf 100 und mehr Percent, so dass eine derartige Aussaugung der vom Unglücke betroffenen Familien, insbesondere der mittleren und unteren Volksschichte gegenüber nie und nimmer und unter keinen Umständen in den Umfang des Begriffes „bürgerlicher Gewinn“ eingereiht werden kann.

Wie schon früher bemerkt wurde, kommen zu den angegebenen Fundamentalbeträgen die Detailkosten. Wie diese beschaffen sein können, ersieht man deutlich aus der Beilage B. Daraus wird es klar, dass der fixe Betrag nicht für Benützung und Abnützung der Gegenstände normiert ist, sondern sich eigentlich als Reingewinn der Unternehmungen darstellt. Wir finden da natürlich an erster Stelle, dass die Classe mit oder ohne Aufbahrung in Gulden und Kreuzern zu bezahlen ist! Wir finden ferner außer der bereits bezahlten Aufbahrung, dass in den Details der Sarg, der Einsatz, das Leichenkleid und unter anderem wieder eine „Einbettung“ zu begleichen ist!!

Wir finden endlich, dass die Parteien außer all diesen beglichenen Kosten noch die Beträge für das Bahrtuch, für die Paramente nach Classen, die nicht mit den kirchlichen Paramenten verwechselt werden dürfen, da die letzteren nie „blau“ oder „roth“ sein können, dann selbst diesen Paramenten wieder für Paramente in Form von Spalieren für den Leichenwagen, für die Trauerkutscher und schließlich noch — zum drittenmale — für das Aufbahren zu leisten haben!!!

Solche Verhältnisse bestehen in Wien!

Um sich eine Vorstellung zu bilden, wie hoch eine „mindere Leiche“ unter diesen Umständen kommen kann, werden fünf Concepte für Rechnungen eines bereits verstorbenen Agenten in der Beilage sub C, D, E, F, G angeschlossen. Da werden

für eine Leiche V. Classe	172	fl.	15	kr.
„ „ „ VI. „	91	„	20	„
„ „ „ II. „	411	„	—	„
„ „ „ III. „	282	„	70	„
„ „ „ VI. „	134	„	73	„

berechnet; und würde man die Rechnungen bei den Parteien selbst einsehen, möchte man in diesem Falle wahrscheinlich eine noch bedeutendere Summe finden, da der Agent jedenfalls für sich eine Provision einrechnet.

Aus diesem schwachen Bilde ist für jedermann wenigstens eine Ahnung der Wirklichkeit möglich, wozu bei manchen natürlich noch die Erfahrung hinzutreten wird. Diese Verhältnisse können nur in einer Großstadt vorkommen, wo der einzelne nicht in der Lage ist, sich alles Nothwendige zu beschaffen.

Es ist daher in erster Richtung Pflicht der Gemeinde, einen Modus zu treffen, wie solche Verhältnisse saniert werden könnten, einerseits um die Bevölkerung vor einer derartigen Aussaugung zu behüten, andererseits um zu vermeiden, dass bestimmte Stände in ein schiefes Licht gerathen, da im Volke der Glaube herrscht, dass sich die Kosten der „Wiener Leichenbegängnisse“ in der Hauptsache auf das Grab und auf — die Kirche vertheilen. Zum Schlusse werde noch betont, dass die citierte Unternehmung nicht die theuerste ist.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Es sei das Leichenbestattungswesen Wiens in die communale Verwaltung zu übernehmen,

1. entweder derart, dass die Concessionen der bestehenden Unternehmungen abgelöst werden,

2. oder derart, dass von Seite der Gemeinde eine Concurrenz-Unternehmung ins Leben gerufen werde, welche der Bevölkerung in gleich pietätvoller wie humaner Weise an der Seite steht, damit dieselbe nicht gezwungen sei, sich auf Gnade oder Ungnade in die Hände einiger unternehmender Leute oder Gesellschaften zu geben.

Zu diesem Zwecke wäre nothwendig:

a) Das Einvernehmen mit dem fürsterzbischöflichen Ordinariate (eventuell mit dem Vorsteher der anderen Confessionen) wegen Ermittlung der Taxen für Kirche und Geistlichkeit, und

b) die Anschaffung der erforderlichen Gegenstände.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Pursch:**

Infolge der Einverleibung der Vorortegemeinden in die Commune Wien sind die ehemaligen k. k. Bezirkshauptmannschaften Sechshaus, Hernals und Währing aufgelassen worden und an deren Stelle ist der Magistrat als Gewerbebehörde &c. getreten.

Es fungieren seit dieser Zeit in diesen ehemaligen Vororten auch städt. Beamte, welche sich den ihnen bekannten Vorschriften oder ertheilten Instructionen gemäß benehmen.

Diese Vorschriften sind nun entweder Reichs- oder Landesgesetze, Ministerial-Verordnungen, Statthalterei-Erlässe oder aber auch Magistrats-Decrete aus älterer und neuerer Zeit.

Was nun die ersteren anbelangt, müssen sie ordnungsmäßig verlautbart und den betreffenden Bewohnern bekannt sein.

Die magistratischen Kundmachungen und Decrete aber aus der Zeit vor der Einverleibung her sind den Bewohnern der Vororte respective der neuen Bezirke bisher nicht mitgetheilt worden und auch nicht bekannt, trotzdem aber wird von den Gewerben, insbesondere den handeltreibenden, von den Amtsorganen verlangt, dass sie sich denselben entsprechend benehmen sollen, und werden, wo dies nicht geschieht, die Anzeigen erstattet und die Betreffenden wegen Nichtbefolgung solcher Kundmachungen oder Decrete auch bestraft.

Mit Rücksicht darauf nun, dass viele solche magistratische Kundmachungen oder Decrete in Kraft bestehen, welche wohl in der früheren Gemeinde Wien, nicht aber auch in gleicher Weise von den ehemaligen k. k. Bezirkshauptmannschaften erflossen sind und verlautbart wurden und die Bewohner der ehemaligen Vororte somit davon nicht Kenntnis haben können, trotzdem aber jetzt darnach handeln sollen und bei Übertretung derselben auch angezeigt und bestraft werden, beantragt der Gefertigte:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es sei der Magistrat zu beauftragen, alle die älteren, gegenwärtig noch in Kraft bestehenden magistratischen Kundmachungen, Decrete und Erlässe, welche von den erwähnten k. k. Bezirkshauptmannschaften in gleicher Weise nicht erflossen sind, zu sammeln und in geeigneter Weise zu verlautbaren.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

11. Wir kommen zur Tagesordnung, nämlich zur Fortsetzung der Berathung über den Hauptvoranschlag pro 1894.

(Die Referenten Gem.-Räthe Boschan und Mayer treten an den Referententisch.)

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Frauenberger.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine geehrten Herren! Auch ich beklage die späte Vorlage des Budgets, weil dadurch der praktische Wert dieser hochwichtigen Berathung unleugbar verloren geht. Allein eine Reihe misslicher und trauriger Umstände lassen die diesmalige Verzögerung der Vorlage einigermaßen entschuldigen. Ich würde aber die dringende Bitte an das Präsidium richten, uns in Hinkunft diese wichtigste Vorlage der Gemeinde rechtzeitig zugehen zu lassen, damit der Gemeinderath auch in die Lage versetzt ist, sein Recht wirklich ausüben zu können.

Ich beklage ferner das vorhandene Deficit im runden Betrage von 800.000 fl., welches unter allen Umständen wird beseitigt werden müssen. Die Frage, wie dieses Deficit zu beseitigen ist,

ist wohl eine sehr schwierige und wurde von keinem der Redner, welche vor mir gesprochen haben, auch gelöst. Es konnte nicht angegeben werden, in welcher Weise das Deficit verschwinden soll. An eine Erhöhung der Einnahmen, meine geehrten Herren, durch die Umlagen ist gewiss nicht zu denken. Im Gegentheile, ein jeder von uns weiß es aus eigener Erfahrung, ein jeder von uns weiß es, dass die größte Zahl unserer Mitbürger und namentlich die Kleingewerbetreibenden unter der schweren Last der Steuern seufzen, und dass man daher besorgt sein muss, ihnen entgegenzukommen, sie zu entlasten. Aber auch der große Besitz ist heute über alle Maßen besteuert, und viele Geschäfte sind dadurch geradezu fraglich in ihrem Gewinne.

Dazu kommt noch die allgemeine Geschäftslosigkeit, welche leider in Wien schon durch so viele Jahre anhält. Durch die gegenseitig verbitterten Verhältnisse in der Gesellschaft ist unstreitig — das kann offen ausgesprochen werden — der Geschäftsgeist, der Unternehmungsgeist gelähmt. Es hat eine gewisse Muthlosigkeit platzgegriffen, unter der wir alle leiden, die Großen wie die Kleinen, und die Kleinen umsomehr, weil die einen solchen wirtschaftlichen Schlag noch umso tiefer empfinden.

In Wien ist es leider — es muss das tief beklagt werden — zur Mode geworden, jedes gesellschaftliche Unternehmen, welches hier sich etablieren will, schon von vornherein — möchte ich sagen — zu unterbinden.

Ich erinnere Sie, meine verehrten Herren, daran, dass wir vor einigen Jahren hier ein Unternehmen besprochen und auch richtig begraben haben: das war die Druckluft-Unternehmung. Meine Herren, wir haben dieses Unternehmen damals unmöglich gemacht, und wenn Sie heute nach Deutschland gehen, so finden Sie in allen größeren Städten die Druckluft eingeführt zum Wohle sehr vieler Kleingewerbetreibender und zum Wohle der ganzen Bevölkerung einer solchen Stadt. Nur wir haben einen Beschluss gefasst, so zwischen Thür und Angel, auf Grund eines Antrages, der von dem Führer der Opposition ausgieng, dass damit das Unternehmen begraben war. Denn wenn wir einem Unternehmen solche Bedingungen stellen, wie sie gestellt wurden, so kann es sich hier nicht etablieren, da muss uns eine solche Gesellschaft verlassen. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Meine Herren! Schon die Etablierung eines solchen Unternehmens ist ein Vortheil, bringt Geld zu uns; schon die Anlage eines solchen Unternehmens bedingt große Ausgaben, welche der Allgemeinheit zugute kommen. Und nun frage ich Sie, meine Herren: Wenn der kleine Drechsler und alle diese Leute die Druckluft geliefert bekommen, je nachdem sie sie brauchen, ja selbst die Näherin für ihre Maschine, so werden dadurch gerade die kleinen Unternehmungen wieder concurrenzfähiger gemacht. Es ist das ein Mittel zur Hebung der Kleingewerbetreibenden, und es muss daher auf das tiefste beklagt werden, dass wir damals jenen unglücklichen Beschluss gefasst haben. Es hätten dabei gewiss auch viele Leute Arbeit und Verdienst gefunden — das kann nicht geleugnet werden. Und, meine Herren, ich erinnere Sie daran, dass wir wirklich verpflichtet sind, solchen Unternehmungen, soweit es möglich ist, unter die Arme zu greifen, sie zu unterstützen.

Ist Ihnen, meine Herren, der Name Fogerty noch erinnerlich? Wäre es vielleicht für Wien ein Unglück gewesen, wenn der damals schon die Stadtbahn gebaut hätte? (Gelächter links.) Da würden wir heute schon fahren. (Rufe links: Ja, es wäre ein Unglück gewesen!) Es wäre gewiss kein Unglück gewesen. Aber man hat gefürchtet, dass da wieder jemand etwas dabei verdient, und wir haben es also unmöglich gemacht. Wenn wir aber solche Unternehmungen unterstützen, so kommt das auch der Stadt Wien zugute. Wir hätten uns gar nicht darum zu kümmern gebraucht, ob Fogerty das Geld hat oder nicht, es wäre seine Sache gewesen, das Geld zu beschaffen, und er würde es auch beschafft haben. In Wien herrscht ein solcher Brotneid, dass man niemandem etwas verdienen lassen will. (Gelächter links.) Wenn irgendwo eine Gesellschaft auftritt und etwas unternehmen will, so sind gleich eine Menge Leute da, die in der Gesellschaft einen Juden sehen und dann sagen sie: „der ist auch dabei, der reiche Mann, der ohnedies so viel hat. Da sind wir dagegen".

Meine Herren, die armen Leute können solche Dinge nicht schaffen. Dazu braucht man Geld, und darum müssen wir solche Gesellschaften haben, die das Geld beschaffen. (Gelächter links.) Wenn Sie auch dazu lachen, ich sage Ihnen, auf diese Weise wird es in Wien nicht besser.

Und nun kam die Umgestaltung, respective die Vergrößerung Wiens. Dabei komme ich sofort auf die gestrige Rede des Finanzmannes Grünbeck zu sprechen.

Meine Herren! Wir sind eifrig bestrebt, den Vororten, den neuen Bezirken zu geben, was wir ihnen versprochen haben: Schulen, Straßen, Canäle, Wasser, aber das kostet alles Geld. Wir haben den Vierkreuzer, der auch gestern wieder erwähnt worden ist, nicht eingesteckt, sondern er wurde zu vielem Nützlichen für unsere neuen Bezirke verwendet; er wurde zur Erhöhung der Beamten- und Lehrergehalte u. s. w. verwendet, was ja auch eine dringende Nothwendigkeit war und vielen, wenn nicht der ganzen Bevölkerung zugute kommt. Denn wenn der Beamte mehr verdient, so kann er auch mehr ausgeben; die Herren sind ja gewöhnlich nicht auf Rosen gebettet, dass sie das Geld in den Kasten legen, sondern das Geld wird wieder ausgegeben. Es wurde die Administration vielfach verbessert, das kann nicht geleugnet werden, und das kostet alles Geld. Für uns, meine Herren, gibt es keine neuen Bezirke mehr, sondern wir sehen nur 19 gleichberechtigte Bezirke von Wien, und wir werden daher für die neuen Bezirke ebenso sorgen, als es unsere Pflicht ist, für die alten Bezirke zu sorgen. (Widerspruch und Zwischenrufe links.) — Ich möchte recht sehr bitten, Sie werden sich ja erinnern, dass gestern niemand von Ihrer Seite unterbrochen wurde (Widerspruch links), und ich erwarte dasselbe von Ihnen. — Nur müssen die Herren etwas Geduld haben, auf einmal wird kein Haus gebaut, langsam muss es gehen, und mit der Zeit wird alles kommen. Die Herren, welche so über die Einbeziehung der Vororte klagen, verwechseln immer die Verzehrungssteuerfrage mit der Einbeziehung. Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, dass circa 900.000 Menschen in den alten Bezirken Wiens schon lange die Verzehrungssteuer getragen haben; circa 600.000 Menschen, welche in den angebauten Bezirken wohnen, haben diese Verzehrungssteuer nicht getragen. Nun glauben Sie ja nicht, meine Herren, dass es unser sehnlichster Wunsch gewesen ist, auch die 600.000 Menschen in den Vororten mit diesem Segen der Verzehrungssteuer zu beglücken! O nein! Wir hätten es Ihnen ja gegönnt, dass Sie keine Verzehrungssteuer bezahlen. Da müssen Sie mit dem Finanzminister sprechen; der hat gerechnet, 900.000 Menschen zahlen mir das, 600.000 Menschen werden also so viel bezahlen, und so wurde die Verzehrungssteuerlinie hinausgerückt. Wenn also auch die Einbeziehung nicht stattgefunden hätte, so wären die Herrschaften einfach draußen gewesen

und hätten die Verzehrungssteuer unter allen Umständen bezahlen müssen.

Und nun kommt dasjenige, was die Commune gethan hat. Sie hat gesagt, wenn Ihr schon die Verzehrungssteuer bezahlen müsst, dann werden wir Euch einbeziehen, und das ist in diesem Falle noch ein Glück für die Vororte. (Gelächter links.) Ja, meine Herren, wenn Sie die Verzehrungssteuer ohnedies hätten bezahlen müssen, ist denn das dann nicht ein Glück, dass sie wenigstens zu Wien gehören (Gelächter links), damit etwas geschaffen wird? (Gem.-Rath Steiner: Lassen Sie uns noch einmal hinaus!) Das ist mir ganz unverständlich, wie es den Herren trotzdem lieber wäre, wenn der Linienwall bestände, dass Sie also lieber die Verzehrungssteuer bezahlen, wenn sie nur nicht nach Wien gehören. Dann würden Sie auch heute noch kein Wasser haben. (Gelächter links und Rufe: Wir haben heute noch keines! — Gem.-Rath Gregorig: Was erzählt er da für Geschichten?) Wenn der Herr Gem.-Rath Gregorig sagt, dass ich Geschichten erzähle, so möge er, wenn er sie nicht hören will, hinausgehen — das wurde gestern auch von einem Redner gesagt; aber wenn ich spreche, dann bitte ich um einige Aufmerksamkeit (Gem.-Rath Gregorig: Gewiss!), es wird kein so großer Unsinn sein (Gelächter links), dass Sie nicht auch etwas davon profitieren. (Heiterkeit rechts.) Meine Herren, wir sind also nicht für die Verzehrungssteuer; es war überhaupt von jeher unser Bestreben, dass die Verzehrungssteuer aufgehoben oder auf das ganze Land vertheilt werde, oder aber, wenn sie schon eingehoben wird, wenigstens der Stadt Wien zugute komme. Wir sind keine begeisterten Anhänger der Verzehrungssteuer, die der Staat einsteckt; das dürfen die Herren nicht glauben. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ja, das steht heute schon im „Szeps" drinnen!) Ich lese ihn alle Tage, nur heute bin ich nicht dazu gekommen. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Dass bei einer solchen großen Umwälzung, wie ja die Einbeziehung der Vororte eine ist, viele Schaden leiden, das ist ja ganz begreiflich, und namentlich die Wirte, Fleischhauer und Fleischselcher haben gewiss einen bedeutenden Nachtheil erlitten; das ist richtig. Aber es gibt bei einer solchen Maßregel auch eine Menge Leute, welche davon Nutzen ziehen. (Gem.-Rath Gregorig: Die Tramway zum Beispiel!)

Sie können nicht in Abrede stellen, dass der Wert des Realbesitzes seit dieser Zeit gestiegen ist, dass Grund und Boden in den neuen Bezirken heute viel mehr wert sind wie früher. (Rufe rechts: Ganz richtig! — Widerspruch links.) Das können Sie nicht in Abrede stellen, da können Sie sagen, was Sie wollen.

Mein Vorredner Gem.-Rath Grünbeck hat gestern gesagt, die Vororte haben früher draußen Paläste gebaut und wir machen uns jetzt breit. Ich frage Sie, was das eigentlich heißen soll? Paläste haben Sie gebaut, in denen wir uns breit machen. Gut. Ich nehme das als Redensart hin. Aber sagen Sie mir, meine Herren, wer wird denn die Schulden zahlen für diese Paläste, die gebaut worden sind? Wer zahlt sie denn? Jedenfalls die Gemeinde Wien.

Meine Herren! Es wurde auch behauptet, tausende von Geschäftsleuten haben wir durch die Einbeziehung der Vororte zugrunde gerichtet. Es ist natürlich ganz gleichgiltig, ob man sagt: tausend oder hunderttausend, oder ob man sagt: zweihundert. Das ist so ziemlich egal, ausgesprochen muss das und das werden. Dass aber eine solche Bemerkung mindestens sehr übertrieben ist, das, glaube ich, wird jedermann hier in diesem Saale bestätigen.

Jeder Mehrbetrag der Verzehrungssteuer solle zur Herabsetzung der Tarife verwendet werden. Das ist sehr schön. Ich bin gleich dafür. Aber da müssen Sie mit dem Finanzminister reden, namentlich mit dem früheren Finanzminister hätte man reden sollen, und wir haben ja einen Abgeordneten, ja sogar zwei hier, die für Wien eintreten sollen. Ja, warum haben denn die Herren mit dem früheren Finanzminister nicht gesprochen? Wir können da nichts machen.

Und nun komme ich zur Budgetrede des Führers der Opposition.

Ich habe diese Rede genau angehört, der Führer der Opposition wird mir das bestätigen. Ich habe auch schon viele Reden von ihm gehört, aber wenn ich Ihnen sagen soll, welchen Eindruck seine Rede auf mich gemacht hat, so muss ich in kurzen Worten aussprechen — und ich weiß nicht, ob mir der Führer der Opposition sehr unrecht gibt — diese gestrige Rede war nicht eine seiner glänzendsten, seiner zündenden, sie war nicht auf der Höhe der Situation. (Gelächter links.) Er hat uns sehr viel gesagt, er hat sehr lange gesprochen, aber wo hat er denn die Ziffern gelassen und die Beweise? Ziffern sprechen; mit dem Kritisieren ist es auch nicht genug; es ist nicht genug gethan für einen Führer der Opposition, wenn er nur kritisiert, er muss auch sagen, wo der Fehler steckt, und wie und auf welche Art man diesen Fehler verbessern könnte. Ich habe das Recht dazu, das heute dem Führer der Opposition zu sagen — ich habe es in den früheren Debatten nicht gethan — weil er an der Verwaltung der Stadt Wien einen großen Antheil nimmt; er ist Stadtrath, warum stellt er dort nicht Reform-Anträge, warum stellt er dort sein Licht unter den Scheffel? Warum sagt er nicht: Meine Herren, ich rathe Euch, das thun wir jetzt, ich stelle die und die Anträge, und wenn dann diese Anträge vom bösen Stadtrathe auch nicht angenommen werden, wird es die Bevölkerung wenigstens lesen und sagen: Das wäre gut, warum nimmt man das nicht an? Er hat auch von der Convertierung gesprochen. Da mag er in vielen Dingen recht haben, aber ich habe erwartet, dass er uns sagen wird, wie er in dieser Frage vorzugehen gedenkt, wie man vielleicht im Abgeordnetenhause etwas thun wird u. s. f. Indessen ist er von der Convertierung gleich auf den Sand und in den Mist, der in den Gärten herumliegt, gekommen, also von dieser lichten Höhe gleich in den Staub herabgesunken, um nur uns unsere schlechte Wirtschaft zu beweisen.

Ja, meine Herren, wir können die Gärten nicht auskehren, so wenig als Sie. Wir haben genug zu thun. Ich weiß es nicht, welche Gärten er gemeint hat. Die Gärten, welche ich in Wien besuche, habe ich immer so anständig gefunden, dass ich meine Freude daran gehabt habe, und die Fremden, welche nach Wien kommen, sind über Wien entzückt. Welche Gärten also der Führer der Opposition meint, das weiß ich nicht.

Ferner hat er gesagt: Ja, der Stadtraths-Referent, der sagt immer, es ist alles gut, und dabei nehmen wir dann zwei Millionen Gulden auf und dann nehmen wir vier Millionen auf; und dabei ist alles gut; der boshafte Finanzreferent sagt uns da etwas ganz anderes, als es eigentlich ist. Ja, sehen Sie, diese Bemerkung ist aber vollständig unrichtig, vollständig, Herr Führer der Opposition!

Die zwei Millionen — erstes Anlehen — das war eine schwebende Schuld à conto des 35-Millionen-Kronen-Anlehens, weil wir Geld gebraucht haben zur Beschaffung des Wassers und

für andere wichtige, dringende Auslagen, und weil dieses 35-Millionen-Kronen-Anlehen nicht so rasch zustande kommen konnte. Sollte der Führer der Opposition nicht wissen, dass wir diese zwei Millionen Gulden schon zurückgezahlt haben und heute gar nichts mehr schuldig sind? Weiß das der Führer der Opposition, dann hätte er das gar nicht erwähnen oder sagen sollen: Die Gemeinde Wien hat das schon wieder zurückgezahlt. Dann die vier Millionen Gulden! Ja, von diesen vier Millionen, welche auch à conto dieses 35-Millionen-Kronen-Anlehens — das ja jetzt perfect wird — aufgenommen wurden, ist noch gar kein Gebrauch gemacht, es ist kein Kreuzer davon ausgegeben worden; es ist nur für eventuelle Fälle, damit Geld da ist, wenn es gebraucht wird. Ich glaube, das hätte der Führer der Opposition auch wissen und auch erwähnen sollen.

Herr Dr. Lueger hat uns aber gesagt, wo gespart werden soll, und da erinnere ich Sie, dass wir ein Budget von über 30 Millionen Gulden haben. Er hat uns gesagt, wo gespart werden soll: 1. Beim Bürgermeister; 24.000 fl. ist zu viel, vielleicht 22.000 fl., vielleicht! (Gem.-Rath Dr. Lueger: 10.000 fl. ist genug!) Vice-Bürgermeister — zu viel! Die Stadträthe! Ja, wenn es mir als Stadtrath zu viel wäre, und ich der Dr. Lueger bin, gebe ich das der Armencassa des V. Bezirkes, der mich in den Reichsrath entsendet hat! (Heiterkeit.)

Meine Herren! Das sind bei einem Budget von 30 Millionen (Rufe: 40 Millionen!) keine Beträge. Wer so spricht, kann das unmöglich ernst meinen. Ich will dem Herrn Führer der Opposition gewiss nicht nahe treten, aber ich habe gedacht, er macht da wieder einen Witz! (Rufe links: Sehr gut!) Gem.-Rath Dr. Lueger beklagt es ferner, dass das Rathhaus alljährlich eine Summe kostet. Ja, meine Herren, das geht nicht anders, bei einem Hause und namentlich bei einem so großen Baue, und der Führer der Opposition, der ja in der judenreinen Stadt Baden selbst eine Villa besitzt, wird auch alle Jahre in den Sack greifen und manches in seine Villa hineinstecken müssen; es geht nicht anders, das müssen sich die Hausherren gefallen lassen!

Vom Bankerott der Gemeinde hat der Herr Führer der Opposition diesmal nicht gesprochen; erstens wäre das nicht schön gewesen von ihm, weil er ja im Stadtrathe ist, und wir ja ein gewisses Vertrauen zum Stadtrathe haben, dass er uns von einer solchen Katastrophe wenigstens früher unterrichtet, und dann hat ihn eine gewisse Klugheit geleitet, die man ja dem Führer der Opposition nicht absprechen kann. (Rufe links: Also doch!) Er hat sich gedacht, wenn ich vielleicht doch in das Präsidium hineinrutsche (Heiterkeit links), so wäre das sehr unangenehm, wenn ich mich auf den Stuhl des Vice-Bürgermeisters setzen würde im Angesichte eines Bankerottes der Gemeinde! Er ist also dieser Frage ziemlich aus dem Wege gegangen. (Rufe links: Das war schwach!) Ja, es ist zwar sehr schwach, was ich gesagt habe, aber ich will ja schwach sprechen, ich will Sie (links) nicht reizen, denn Sie wissen ja doch, meine Herren, dass wir uns hier an einem Orte befinden, der besonderen Anstand erfordert. (Heiterkeit links; Rufe links: Er hat wenigstens eine gute Lehre daraus gezogen!) Ich glaube zwar, dass der Anstand, der hier erforderlich ist, derselbe ist, der überhaupt im Umgange unter Gebildeten vorgeschrieben ist, und das übrige, der besondere Anstand, wird durch die Geschäftsordnung des Hauses geregelt. Ich will darüber nichts weiter sagen.

Auch über die Juden hat der Herr Führer der Opposition diesmal sehr mäßig gesprochen, und es wird ihm Sonntag auch der Dank hiefür nicht ausbleiben. (Heiterkeit links. — Rufe: Montag! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir wollen Frieden schließen!) Ja, meine Herren, wir sind sehr gerne bereit, wir wollen ja keinen Krieg, aber dass wir uns wehren, das werden Sie uns auch fernerhin zugestehen. (Rufe links: Lange wird es nicht mehr dauern!) Meine Herren! In den letzten Zügen sind wir noch nicht. Was heißt denn Frieden schließen? Frieden schließen heißt, den Führer der Opposition zum Vice-Bürgermeister machen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ah, das ist nicht wahr! — Rufe links: So billig sind wir nicht!)

Meine Herren! Hören Sie mich an. Wenn es uns gelingen würde, den Antisemitismus in Wien auszumerzen (Heiterkeit links), so würden wir um diesen Preis den Dr. Lueger zum Vice-Bürgermeister machen. (Heiterkeit links.) Wir würden um diesen Preis, unseren Mitbürgern zuliebe, damit wieder Friede und Eintracht und Ordnung in unserem lieben Wien herrscht, dieses Opfer bringen. Ja, sieht denn der Führer der Opposition nicht schon seinen Nachfolger in der Führerschaft an seiner Seite? (Heiterkeit.) Sieht er ihn denn nicht!? Wenn heute Dr. Lueger Vice-Bürgermeister ist, so ist ja schon ein anderer Führer da, der ihm vielleicht noch unter Umständen gefährlich werden kann. Was hätten wir dabei gewonnen? (Gelächter links.)

Und wie würde es dem Führer der Opposition im Präsidium ergehen? Da würde wahrscheinlich der, welcher nach ihm die Führerschaft antritt, sagen: das war auch kein verläßlicher Mann! Jetzt sitzt er oben und handelt ganz anders. (Gem.-Rath Strobach: Wir handeln überhaupt nicht! — Heiterkeit links.)

Es ist rührend, geradezu rührend, dass sich die Herren gestern sogar an die armen Juden, an die armen Juden erinnert haben. Sehen Sie, meine Herren, das ist schön, denn die armen Juden sind es, die durch den Antisemitismus auf das allertiefste geschädigt werden. Der reiche Jude macht sich aus Ihrem Antisemitismus gar nichts. Es gibt noch sehr viele schöne Plätze auf dieser Erde, wo man recht ruhig sitzen und seine Freuden erleben kann. Man braucht Wien nicht. Aber wenn wir aus Wien die reichen Leute vertreiben, wenn wir es ihnen unmöglich machen, sich hier niederzulassen, hier zu bauen, hier ihr Geld zu verzehren, hier Luxus zu treiben, dann kann es nicht besser werden. (Gem.-Rath Jedlička macht einen Zwischenruf.)

Bürgermeister: Aber, Herr Gem.-Rath Jedlička, es ist doch nicht nothwendig, dass Sie immer so drein schreien.

Gem.-Rath Jedlička: Er soll nicht lauter so dummes Zeug reden . . .

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička, ich bitte um Ruhe.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich werde schon warten, bis der Herr College Jedlička ausgesprochen hat. (Gelächter links.)

Meine Herren! Der reiche Jude zieht sich unter solchen Verhältnissen zurück (Sehr richtig!) und treibt auch keinen Luxus. Aber auch die reichen Christen ziehen sich zurück, denn es ist nicht jedem gegeben, mit Fingern auf sich zeigen zu lassen, noch dazu in der heutigen Zeit, wo man ja jedem, der vermögend ist, nachrechnet, von woher er das Vermögen eigentlich hat. Das ist ein Unglück, das soll es nicht geben, jeder soll leben und der Reiche soll nach Kräften ausgeben und im Luxus unterstützt werden. Von

mir aus kann einer mit acht Pferden fahren — um so besser — drei Bediente sollen droben sitzen — um so besser: da lebt jeder von seinem Herrn und mit ihm.

Meine Herren! Zwei Worte hat uns der Führer der Opposition gestern zugerufen: Umkehr und Gerechtigkeit; dann wird der Friede hergestellt sein; das heißt nichts anderes, als die Macht, die wir jetzt haben, unterthänigst der Opposition zu Füßen zu legen. Meine Herren! Wir sind hier noch in der Majorität und auch uns entsendete hieher das Volk, auf das Sie sich immer berufen. (Ruf links: Das auserwählte!) Trachten Sie, dass Sie in die Majorität kommen, trachten Sie, dass Sie die Mehrzahl der Wähler hinter sich haben (Rufe links: Die haben wir ja hinter uns!), ja, aber trachten Sie, dass Sie in die Majorität kommen, dann werden wir uns bescheiden zurückziehen und Sie bei Ihrer Arbeit bewundern. Vielleicht würden dann manchen von Ihnen die Augen aufgehen, aber auch manchen in der Bevölkerung. Man sollte Sie bei der Arbeit sehen, das sollte sein, das wäre das einzige Mittel, dass man zur Einsicht kommt. Meine Herren, wir haben keine Umkehr nöthig, wir haben uns ja nicht verirrt, wir sind auf dem richtigen Wege: wir wollen das Beste, das Allerbeste, und ich gebe zu, dass auch Sie das Beste wollen. Wir wenden aber andere Mittel an als Sie. Die Mittel, die wir anwenden, sind jedoch doch noch besser, als die Ihrigen. Der Führer der Opposition hat gestern auch erwähnt, überall ist die Opposition ausgeschlossen, vom Bezirksschulrathe, vom Landesschulrathe, vom Stadtrathe — verlassen, wie der Stein auf der Straßen, so ist die Opposition. Wir sind aber doch nicht daran schuld, dass Sie nicht in der Majorität sind. Keine Majorität geht gegen die Minorität so vor, dass sie sich vor ihr verkriecht und die Minorität herrschen lässt.

Wir sollen umkehren. Das ist uns sehr schwer (Rufe links: Das glauben wir!), denn wir wechseln nicht gerne unsere Gesinnung. Wir sind mit unserer Gesinnung alt geworden und wir wollen mit unseren Principien sterben. (Lebhafter Beifall rechts.) Gestern hat uns der Führer der Opposition etwas Neues gesagt, was mich in hohem Grade interessiert hat. Er hat gesagt: er ist ein Gegner aller bezahlten Wahlstellen. Ja, meine Herren, wie stimmt denn das mit den Thatsachen überein? Der Führer der Opposition hat ja lauter bezahlte Stellen: er ist Reichsraths-Abgeordneter, er ist Landtags-Abgeordneter, beide Stellen werden bezahlt. Er ist Stadtrath, wird bezahlt! Ich bin ja dem Führer der Opposition gewiss nicht um diese Stellen neidig, aber er darf nicht sagen, dass er diese Stellen hasst, wenn er sie alle bekleidet, und noch dazu mit einigen Schwierigkeiten bekleidet, mit Schwierigkeiten, die wir bei unserer Partei, von einem Vertreter dieser (rechten) Seite gar nicht dulden würden. Er ist Reichsraths-Abgeordneter und Stadtrath; beide, Reichsrath und Stadtrath, haben ihre Sitzungen vormittags: wie wird es denn der Führer der Opposition machen, dass er da und dort sein wird? (Widerspruch links und Rufe links: Wo ist der Noske?) Ich überlasse ihm das. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Der leistet mehr, als Ihre ganzen Herren von der Linken!) Aber, lieber Herr Dr. Geßmann, warum nimmt denn der Führer der Opposition, wenn er schon unbezahlte Stellen haben will, nicht auch eine Armenrathsstelle an? (Widerspruch links und Rufe links: Die ganze Rede ist eine Frozzelei!)

Es ist auch gestern von dem Führer der Opposition etwas aufgeschnitten worden, Sie entschuldigen diesen Ausdruck. Er nannte seine Partei eine Partei mit prophetischem Blick. Das, muss ich sagen, wird der Welt neu sein. Eine Partei mit prophetischem Blick! Warum — das weiß ich eigentlich nicht.

Wenn Sie schon solche Worte gebrauchen, so müssen Sie ja doch sagen: Wir bestehen jetzt so und so lange. Machen Sie einmal eine General-Inventur, machen Sie die Bilanz und legen Sie vor, was Sie alles schon geleistet haben! Wenn man aber sagt, eine Partei mit prophetischen Blicken, und dann nicht sagen kann, was geleistet worden ist, so ist das dann doch etwas zu viel gesagt. Meine Herren! Dr. Lueger dient jetzt schon unter vier Bürgermeistern, er ist eigentlich in diesem Saale schon ein Veteran und da verlange ich von ihm, zumal er auch Führer der Opposition ist, dass er seine Ausdrücke wohl abwägt und dass nicht solche Irrthümer unterlaufen. Er hat alle seine Bürgermeister mit gleicher Liebe behandelt und auch dem neuen Bürgermeister schon gesagt, was ihm bevorsteht, er kann wählen, Liebe oder Hass. Ich weiß nicht, was der neue Bürgermeister wählen wird, beneiden werde ich ihn nicht um das, was ihm bevorsteht! Es ist jetzt windstill. So hat der Führer der Opposition gesagt. Die Ruhe vor dem Sturme! Er hat uns auch angedeutet, was wir zu thun haben, wenn die Ruhe eintreten soll, und hat uns auch gesagt, was geschehen wird — nämlich der Sturm wird kommen — wenn wir das nicht thun, was er angedeutet hat. Wir sollen umkehren, er hat eine große Sehnsucht nach uns, denn er sieht, wenn wir auch umkehren und mit ihm gehen würden, dann könnte es nicht gehen! Das kommt mir geradeso vor, als wenn einer einen Brief aus Amerika schreibt, der hat es dort schlecht getroffen und ladet jetzt andere ein, dass sie auch hinkommen. Wir haben gar keine Veranlassung umzukehren oder nach Amerika mit dem Führer der Opposition zu gehen; uns gefällt es in unserem lieben Österreich noch recht gut! (Gem.-Rath Dr. Lueger: Nach Amerika gehen ja nur Ihre Parteigenossen! — Heiterkeit links.) Meine Herren! Endlich sollten Sie doch einmal, vor allen aber der Herr Führer der Opposition darauf sehen, dass das Programm der antisemitischen Partei gedruckt werde. Lassen Sie es drucken und vertheilen Sie es unter uns; vielleicht gefällt es uns. Aber wir kennen ja Ihr Programm nicht; was wir so vom Hörensagen wissen, das ist uns ja viel zu wenig! (Rufe links: Sie haben es ja von uns abgeschrieben!)

Dann hat der Herr Führer der Opposition gestern auch seine eigenen Verdienste etwas — glaube ich — zu sehr in den Vordergrund gestellt. Es hat auf mich den Eindruck gemacht, dass es viel besser gewesen wäre, wenn das einer von unserer Seite von ihm gesagt hätte, nicht dass er es selbst von sich gesagt hatte. Er hat gesagt, dass jetzt die Verkehrs-Commission die Stadtbahn baut, das ist sein ureigenstes Werk. Ja, es ist sein Werk und das Werk einer Menge anderer Herren, und ich glaube, der gegenwärtige Minister hat auch etwas dazu gethan.

Ich erinnere Sie daran, dass unsere Mitglieder in der Enquête das zu allererst verlangt haben, dass wir schon im ersten Stadium der Berathung gesagt haben, die Verkehrs-Commission solle die Stadtbahn bauen, das wäre das gescheiteste. Aber wir haben damals keine wohlwollende Regierung gehabt, es war nicht durchzusetzen. Gott sei Dank, ist es jetzt perfect geworden, und da wird also der Führer der Opposition es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihn bitte, von den großen Verdiensten, die er gestern für sich in Anspruch genommen hat, vielleicht auch unseren Ministern ein kleines Verdienst zukommen zu lassen, überhaupt auch unserer

Partei (Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Partei gewiss nicht!) und — wenn es mir gestattet ist, will ich noch das eine Wort in dieser Richtung aussprechen — auch dem verstorbenen Bürgermeister Dr. Prix.

Die Stadtbahn wird vor dem Invalidenhause als Tiefbahn geführt; wieder das ureigenste Verdienst des Führers der Opposition. Ich berufe mich diesfalls auf das, was ich bereits gesagt habe.

Es wird, meine Herren, noch so weit kommen, dass der Führer der Opposition aufsteht und uns sagt, „dass die Kasernenfrage in Wien so rasch gelöst worden ist, das ist mein Verdienst". (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ihres gewiss nicht!) Wir müssen darauf gefasst sein. Damit er es nicht thut, komme ich heute darauf zu sprechen und sage, dass er in der Kasernenfrage meines Wissens kein Verdienst hat. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Sie aber auch nicht!) Ich behaupte das auch nicht von mir. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich auch nicht!)

Meine Herren, solange Ihre Partei besteht, solange der Führer der Opposition Ihr Obmann ist, nennen Sie mir — ich bitte die nachfolgenden Redner darum — eine That, welche Sie ausgeführt haben und worauf Sie hinweisen können: „Das haben wir geschaffen zum Wohle der Stadt Wien und zum Wohle unserer Mitbürger." Und wenn Sie mir eine solche That nennen können, dann sage ich: Sie haben auch etwas gethan. Solange Sie mir aber das nicht nennen können, dann sage ich: Alles, was für die Stadt Wien geschaffen wurde — und es wurde viel geschaffen in den letzten Jahren — das ist geschaffen worden durch unsere Partei.

Weil wir die Führenden in dieser Richtung sind, weil wir auch die Verantwortung zu tragen haben für alles, was geschieht, so müssen wir auch beanspruchen, dass wir als diejenigen anerkannt werden, die etwas geleistet haben. Meine Herren! Ich möchte Ihnen das Wort zurufen: Machen Sie Kehrt! Kehren Sie um, es wird vielleicht für die Wiener Bevölkerung, für die Stadt Wien von großem Nutzen sein, wenn wir allen Zank und Hader beiseite lassen und wenn wir, wenigstens in diesem Saale, nur von dem einen Gedanken getragen sind, dass ein jeder sein ganzes Können, sein ganzes Wissen und seine ganze Kraft einsetzt für das Wohl der Stadt Wien und seiner Mitbürger. Und nun empfehle ich Ihnen das Eingehen in die Special-Debatte. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Es wird uns Mitgliedern der Opposition zu wiederholtenmalen der Vorwurf gemacht, dass wir zum Fenster hinausreden, und ich glaube, es wird uns, trotz der Wichtigkeit dieser Debatte, dieser Vorwurf wieder gemacht werden. Aber, meine sehr geehrten Collegen der Majorität, wir haben Ihnen zu wiederholtenmalen versichert, dass wir einen derartigen Vorwurf immer als eine hohe Anerkennung ansehen, weil wir der Meinung sind, dass unser Mund der Mund unserer Wähler ist, welche das Recht haben, zu wissen, ob wir ihrem Willen und ihren Aufträgen hier nachkommen, ohne sich hiebei in das caudinische Joch engherziger Coterie-Beschlüsse einzwängen zu lassen.

Meine Herren! Es freut mich heute umsomehr, bei dieser Gelegenheit das Wort ergreifen zu können, weil es möglich ist, im Wiener Gemeinderathe frei zu sprechen, ohne von der Tortur, die Sie durch Schaffung dieser reactionären Geschäftsordnung herbeigeführt haben, von Seite des Vorsitzenden belästigt zu werden.

Es ist ja, meine Herren, die Bewilligung des Budgets geradezu das Entgegenbringen des Vertrauens zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem und nachdem unser Vertrauen ein negatives ist, erkläre ich gleich jetzt, nicht so wie Herr College Frauenberger, dass ich gegen das Eingehen in die Special-Debatte stimmen werde.

Meine Herren, es wurde uns gestern vom Herrn Collegen Dr. Stern der Vorwurf gemacht, dass die gegenwärtige Opposition mit der früheren Opposition nicht zu vergleichen sei. Ich, meine Herren, beschäftige mich gegenwärtig mit dem Studium der Gas-Debatte aus dem Jahre 1885 und ich würde den Herrn Collegen Dr. Stern bitten, dieselbe zu lesen, damit er sieht, welche Opposition damals geführt worden ist, und wie man dort einem Manne zugesetzt und ihn, wie Herrn Dr. Lueger, verleumdet hat, welcher gewiss nur das Beste wollte und die Interessen der Stadt Wien vertreten hat.

Weiters wurde gesagt, dass wir in den Versammlungen und auch hier die Verrohung der Sitten herbeiführen. Nun, meine Herren, habe ich heute einen Bericht über eine gestern stattgefundene Wählerversammlung im I. Bezirke gelesen. Wenn man liest, was dort geleistet wurde, so glaubt man nicht im vornehmsten Wahlbezirke Österreichs sich zu befinden, nicht in der City! So geht es in keiner antiliberalen Versammlung zu.

Meine Herren, der Herr College Frauenberger wirft uns vor, dass wir nichts Bestimmtes sagen und anführen. Meine Herren, werden bei uns nicht immer wirtschaftliche Reformen hier und in den Versammlungen besprochen? Und was haben Ihre Führer gestern gesagt?! Dr. Kopp hat erklärt, wenn er gesund gewesen wäre, wäre er energisch gegen die Schaffung des Ratengesetzes zu Felde gezogen. (Hört! links.) Herr Professor Sueß hat sich à la Noske mit dem Antisemitenfressen befasst (Heiterkeit links), nicht mit wirtschaftlichen Reformen, er hat sich mit dem dicken Bauche des Collegen Gregorig befasst, die große goldene Kette des Collegen Gregorig citiert, und da ist mir eingefallen, dass ein Mitglied der liberalen Partei sofort erkannt hat, dass diese Kette echt ist. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit links.) Das liegt im Sinne der liberalen Partei.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Wrabetz hat nichts von wirtschaftlichen Reformen gesprochen, sondern gesagt, wenn Sie sich im I. Bezirke weiter raufen, hört er auf, sich immer „Judenknecht" schimpfen zu lassen. Herr Wrabetz soll machen, was er will, nur soll er um Gotteswillen nicht der antiliberalen Partei zustoßen, sonst sind wir noch discreditiert . . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Darf ich bitten, das sind Ausfälle gegen außerhalb der Versammlung stehende Persönlichkeiten; ich bitte, dieselben zu unterlassen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): . . . Es hat weiters Herr Gem.-Rath Dr. Scholz, auf dessen Rede bei der Gasfrage im Jahre 1885 ich einmal später kommen werde, gestern der Meinung Ausdruck gegeben, dass eigentlich Herr Dr. Lueger, der doch schon nahezu 20 Jahre in der Opposition steht und immer Führer der Opposition ist, bis jetzt noch nicht avanciert sei. Ja, meine Herren, warum denn? Sie werden ganz gut wissen, dass es vor der Einverleibung der Vororte nur noch einer kurzen Spanne Zeit bedurft hätte und Sie wären in die Minorität gekommen. (Widerspruch rechts.) Sie haben diese Wahlgeometrie geschaffen, die Komödie mit der Wahlgeometrie aufgeführt, Sie haben dieses Statut geschaffen, wo es auch nur eine Frage kurzer Zeit sein wird, dass Herr Dr. Lueger Bürgermeister wird.

Weiters kann ich Herrn Dr. Scholz versichern, dass kein zweiter Vertreter in Österreich sich einer solchen Popularität und

Verehrung, nicht nur bei der Bevölkerung der Stadt Wien, sondern auch auf dem flachen Lande und in der Provinz erfreut, wie Dr. Lueger. (Beifall links.) Dies möge Herr Dr. Scholz zur Kenntnis nehmen. Meine Herren, es hat heute Herr Gem.-Rath Frauenberger so manches citiert, was wir schon in den Morgenblättern gelesen haben; ich will daher nicht weiter darauf eingehen. Er hat aber erklärt, dass wir uns von Neid leiten lassen den großen Capitalisten und Unternehmungen gegenüber. Ja, Herr Collega Frauenberger, uns ist es eben unangenehm, dass die Tramway-Gesellschaft immer mehr verdient. Es stellt sich zum Beispiele heraus, dass die Tramway bei diesen 7- und 10-Kreuzerkarten jetzt einen Reingewinn von $1^1/_4$ Kreuzer per Karte hat. Sehen Sie, wir sind der Tramway neidig, dass sie jährlich 120.000 fl. mehr verdient, und dabei laufen wir Gefahr, dass durch die schlechte Bezahlung der Bediensteten jede Stunde ein Strike ausbrechen kann. Sehen Sie, wir sind neidisch, Herr Collega Frauenberger, dass jährlich 6 bis 7 Millionen Gulden mit der englischen Gasgesellschaft nach England gehen, weil wir glauben, dass, wenn das Gas in städtische Regie genommen würde, die 6 bis 7 Millionen das Deficit vermindern könnten. Der Herr College Frauenberger hat weiters bemerkt, Herr Dr. Lueger dürfe darauf nicht stolz sein, dass er das Project Fogerty unmöglich gemacht hat. Ich glaube vielmehr, das war einer der größten Erfolge des Dr. Lueger, und ein Erfolg, der ausschließlich dem Dr. Lueger zuzuschreiben ist, ist auch, dass die Localbahnlinien der Stadtbahn von der Verkehrs-Commission gebaut werden.

Nun möchte ich mir aber erlauben, auf das Budget überzugehen. Meine Herren, was Sie gelegentlich der Einverleibung der Vororte mit Wien versprochen haben, ist schon sehr oft ventiliert worden. Aber was Sie bei der Wahl im I. Wahlkörper im Vorjahre versprochen haben, darüber möchte ich mir heute einige Worte erlauben. Es wurde unter anderem in meinem Wahlbezirke, das wurde mir heute mitgetheilt, eine Versammlung abgehalten, in der Herr St.-R. Müller erklärte: „Meine Herren, längstens in zwei Jahren bekommen Sie bis an die äußersten Grenzen des Bezirkes das Wasser."

Meine Herren, die zwei Jahre dürften bald abgelaufen sein, Wasser aber haben wir keines, und warum, weil Sie draußen die Druckzone nicht haben. Aber versprechen darf man nicht etwas, was man nicht halten kann!

Wir waren es, die unmittelbar vor der Wahl des I. Wahlkörpers gefragt haben, ob an eine Zinskreuzererhöhung gedacht sei? Und heißen Sie das vielleicht Offenheit und Wahrheit, wenn man acht Tage nach der Wahl des I. Wahlkörpers mit einem 35-Millionen-Kronenanlehen kommt? Ja, hätten Sie das vor der Wahl gesagt! Was hätten dann die Hausherren gesagt? Sonst wird alles früher in der Presse ventiliert, vierzehn Tage bis drei Wochen früher, aber das hat man weislich im Interesse der Partei verschwiegen!

Man hat weiters, um das Deficit zu decken, sofort erklärt, diese drei Millionen zu refundieren, nämlich für die Auslagen, welche für die Erweiterung der Hochquellenleitung in den Jahren 1888 und 1889 gemacht wurden. Ja, meine Herren, wie kommen die Vororte dazu, Schulden zu bezahlen, die im Jahre 1888 gemacht wurden? Sehen Sie, das ist nicht ein Vortheil der Einverleibung gewesen, wir participieren auch an den Lasten!

Es wurde weiters vom Herrn Gem.-Rathe Frauenberger bemerkt, dass die Budget-Zusammenstellung und Rechnungsabschlüsse nicht rechtzeitig erfolgen. Ja, meine Herren, es ist richtig, ich habe schon einmal nach § 50 des Gesetzes vom 19. December 1890, betreffend die Vereinigung mehrerer Gemeinden und Gemeindetheile mit Wien, hierüber interpelliert und man sagte mir damals, es sei dies absolut unmöglich. Es ist und bleibt das aber eine Gesetzesverletzung, und ich bin überzeugt, dass die Vorlage des Rechnungsabschlusses pro 1893 auch heuer nicht rechtzeitig erfolgen wird; warum? weil man zu stark überhäuft ist. Die Buchhaltung wird auch heuer mit der Zusammenstellung nicht rechtzeitig fertig sein. Ich bin neugierig, wie der Herr Bürgermeister dies rechtfertigen wird. Ich erkläre nun heute schon, dass dies eine Verletzung des § 50 des Statutes ist.

Herr Gem.-Rath Frauenberger hat bemerkt, wie man das Deficit verschwinden machen kann. Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, auseinanderzusetzen, wie man überhaupt das Budget bei uns behandelt. Ich befasse mich auch drei Jahre damit, und in drei Jahren — ich sage es offen — kann man noch nicht einen solchen Einblick gewinnen und sattelfest sein. Aber das eine weiß ich schon, dass in das Budget hohe Summen eingesetzt werden, die man dann nicht verausgabt. Ich werde Ihnen sofort beweisen, wie man das Deficit verschwinden macht.

Es wurde in dem Rechnungsabschlusse vom Jahre 1892 nachgewiesen, dass angeblich ein günstigeres Resultat im Betrage von 600.000 fl. erfolgt ist. Nun, meine Herren, wie ist das möglich? Im Jahre 1892 wurden allein um 600.000 fl. Schulen nicht gebaut, und wenn Herr Dr. Lueger Bürgermeister gewesen wäre — ich habe das schon einmal erwähnt — wie wäre da auf die volksverdummende Partei von Seite Ihrer Presse losgeschlagen worden! Weiter, meine Herren, bezüglich der Straßen wurde schon zu wiederholtenmalen, auch von dem gegenwärtigen Herrn Budget-Referenten, erklärt, dass die Erhaltung der Straßen, insbesondere in den Vororten, kolossale Summen erfordert. Ich kann nur das eine sagen, meine Herren, dass die Straßen in meinem Bezirke schlechter sind als in einem walachischen Dorfe, und dass sie die Bezeichnung Straßen nicht mehr verdienen, und da sagen Sie: „Ein günstiger Rechnungsabschluss bezüglich der Straßen!" Freilich — ich habe das aus der Buchhaltung — es ist ein Mindererfordernis von 312.388 fl. 39 kr. Das ist ein Mindererfordernis, aber die Straßen sind schlecht und es kann so nicht vorwärts gehen, und wenn der Herr College Frauenberger bemerkt hat, dass er keinen Unterschied zwischen den neuen und alten Bezirken kennt, dann erlaube ich mir auch den Rechnungsabschluss pro 1892 zu citieren, in welchem enthalten ist, dass für den I. Bezirk 180.000 fl. präliminiert waren und 185.000 fl. ausgegeben worden sind . . . (Rufe links: Hört!) . . . ich habe dagegen nichts einzuwenden — aber dass man für den XIX. Bezirk 38.000 fl. präliminiert und 9900 fl. ausgibt — meine Herren, das ist doch keine gleichmäßige Behandlung der Bezirke! (Zustimmung links.)

Wenn man bei einer Interpellation vom Herrn Vorsitzenden dann erfährt: ja es waren zu wenig Pflastersteine da, es war die Zeit schon vorgeschritten, so ist das keine Entschuldigung. Ja, meine Herren, im I. Bezirke war die Zeit auch vorgeschritten. Dann hätte man die Pflastersteine gleichmäßig vertheilen und nicht wie im Jahre 1892 im Sommer — Herr College Scheidl ist nicht hier — den halben Graben aufreißen und neu macadamisieren sollen, wo derselbe noch in ganz gutem Zustande war.

Wir haben uns beide davon persönlich überzeugt. So ist es bezüglich des Pflasters, und bezüglich des Schotters haben Sie es auch weit gebracht. Ich habe gestern mit Bezirksausschüssen gesprochen, welche mir erklärt haben: Es ist uns äußerst peinlich, diesen Schotter übernehmen zu müssen, weil wir überzeugt sind, dass der Schotter nicht qualitätsmäßig ist, und alle sagen, das Bauamt und die Bezirksausschüsse, wir müssen ihn übernehmen, weil wir sonst gar keinen bekommen. Sie haben uns im Winter Schotter bewilligt; da haben sie am nächsten Tage darauf 32 Fuhren geführt; 28 sind nicht übernommen und zurückgewiesen worden, weil sie nicht qualitätsmäßig waren. So haben wir wieder keinen Schotter gehabt und so stehen wir noch heute auf diesem Standpunkte. Und warum ist dies? Weil gar keine Aussicht auf eine Besserung vorhanden ist, indem gar keine Aufsicht stattfindet, und ich bedauere nur, dass Herr Dr. Klotzberg den sehr richtigen Antrag, den er gestellt hat bezüglich der Einführung von Wegmeistern, sofort über eine Erwiderung des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter, wie ich im Amtsblatte gelesen habe, zurückgezogen hat. Es gibt nichts anderes, als Wegmeister anzustellen, wie sie beim Lande und Staate sind. Es gibt sonst nichts anderes. Aber sie müssen definitiv angestellt werden. Man muss sie bezahlen, damit sie eine Ambition besitzen. Heute sind sie nur Taglöhner, denen es ganz alleseins ist, wie die Sache geht. Das muss geschehen, und wenn der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter erklärt, dass die alten Einräumer der Bezirks-Straßenausschüsse übernommen worden sind, welche die Stelle von Wegmeistern versehen, so ist Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter unrichtig informiert. Ich habe heute mit den Leuten gesprochen. Diese haben auch einen kolossalen Vortheil von der Einverleibung!

Die Straßeneinräumer des Bezirksausschusses Klosterneuburg hatten vor der Einverleibnng 35 fl. und 10 fl. Stiefelpauschale und nach der Einverleibung haben sie 30 fl. und gar kein Stiefelpauschale. (Hört! links.) So, meine Herren, sehen die Einräumer aus.

Wie ist es mit der Straßenpflege? Ich habe im Winter einmal darüber gesprochen, dass zu viele Taglöhner sind. Ich habe mir mittlerweile die Namen derselben hektographieren lassen. Jetzt sind im Bezirke 114. Wo früher 1, 2 waren, sind jetzt 10 bis 12. Ich habe speciell angeführt, dass in Grinzing 6 sind. Seitdem ich angeführt habe, dass früher 2 waren und jetzt 6 sind, sind den ganzen Winter hindurch 11. Die wissen gar nicht, was sie anfangen sollen. Das macht aber böses Blut. So ist es jedoch nicht bloß in meinem Bezirke. Ich habe mich auch um die anderen Bezirke umgesehen. Es ist überall so, und dadurch wird das Budget namhaft belastet. Ich kann Ihnen versichern, dass in meinem Bezirke gewiss täglich 40 fl. an Taglohn erspart werden können.

Noch einiges über den günstigen Rechnungsabschluss, der so ins Treffen geführt worden ist!

Es hat mich interessiert zu erfahren, wie viel Gründe wir seit der Einverleibung schon verkauft haben. Da bin ich darauf gekommen, dass im Jahre 1891 Gründe um 1,065.958 fl. 25 kr. verkauft worden sind. Das Geld ist verschwunden. Im Jahre 1892 wurde bei dem günstigen Rechnungsabschlusse um 623.277 fl. 63 1/2 kr. liegendes Gut veräußert. Man wird mir vielleicht sagen, die Commune habe auch Gründe gekauft. O ja, aber nur um einen Betrag von 205.383 fl. Die 400.000 fl. meine Herren Budget-Referenten, sind offenbar auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Aber ein günstiger Rechnungsabschluss ist da, aus dem ersichtlich ist, was alles budgetiert und was uns verblieben ist, aus dem ersichtlich ist, was wir an liegendem Gute verkauft haben. Im Jahre 1893 haben wir endlich um 310.076 fl. 71 kr. Gründe verkauft, zusammen um den Betrag von 1,999.312 fl. 59 1/2 kr., nahezu zwei Millionen Gulden. Und was, meine Herren, ist alles noch nicht ausgeführt?

Bei der Berathung des Schulpräliminares hat der Herr Referent der Budget-Commission vorsichtigerweise erklärt, dass im XVI. Bezirke zur Erbauung von Schulen ein Betrag von 216.000 fl. bewilligt worden ist; aber er hat nicht gesagt, wie viel davon verbraucht worden ist. Ich habe mich auch aus dem Amtsblatte überzeugt, dass er bei der Debatte über das Pflaster so genau gewusst hat, wie viel in den Vororten verpflastert worden ist. Ich habe mich heute erkundigt und erfahren, dass es noch nicht möglich ist, einen Rechnungsabschluss bekanntzugeben, weil nicht einmal die Rechnungen der betreffenden städtischen Contrahenten zum größten Theile beglichen sind; die Sache läst sich also heute noch gar nicht constatieren, und wir werden ja nächstes Jahr — und hoffentlich leben wir da noch, Herr Budget-Referent, und vielleicht sind wir noch beide hier — beim Rechnungsabschlusse sehen, wie viel von den 62.000 fl., welche für den XIX. Bezirk präliminiert waren, ausgegeben worden ist.

Jetzt komme ich aber zur Führung der Geschäfte durch das geehrte Präsidium. Ich habe mir im Laufe des Sommers erlaubt, einen Antrag bezüglich der Erbauung der Localbahnlinien, von nahezu 60 Mitgliedern des Gemeinderathes unterschrieben, dem Präsidium zu überantworten, worin ich beantragte, es möge mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Krauß'schen Angelegenheit eine außerordentliche Sitzung einberufen werden. Diese Sitzung ist nicht einberufen worden, mithin ist die Geschäftsordnung im § 3 verletzt worden, nach welchem der Herr Bürgermeister, oder im Verhinderungsfalle desselben der zunächst berufene Vice-Bürgermeister verpflichtet ist, die Sitzung einzuberufen. Ich will nicht davon sprechen, wie oft hier die Anträge auf dem Pulte liegen, wenn wir hieher kommen, weil es immer heißt: es geschehe dies alles im Interesse der Stadt Wien, es habe sich dies oder jenes nicht früher berathen lassen, und so verschiedenes andere.

Bezüglich der Gasfrage wurde am 15. September 1893 ein von mir gestellter Antrag vom geehrten Plenum angenommen, wonach das Präsidium verpflichtet wird, Berichte über das Fortschreiten der Erbauung der städtischen Gaswerke vorzulegen. Meine Herren! Was ist geschehen? Erst über ein Drängen der Opposition — es war ungefähr am 19. oder 20. November — ist hier ein Bericht erstattet worden, welcher bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Meine Herren, das ist eine eclatante Gesetzesverletzung, und ich erkläre auch heute schon, dass man sich in Zukunft, wenn wieder so etwas vorkommen sollte, einfach an die vorgesetzte Behörde wenden wird, weil es im § 65 heißt: „Der Bürgermeister ist verpflichtet, jeden giltigen Beschluss des Gemeinderathes in der von demselben angegebenen Art in Vollzug zu setzen." Warum eine Geheimniskrämerei in der Gasfrage eigentlich herrscht, weiß ich nicht. Der Herr Vice-Bürgermeister hat vor einigen Tagen, wie im Amtsblatte ersichtlich war, im Stadtrathe darüber berichtet. Mein Antrag lautet ja dahin, dass dem Plenum berichtet werden solle. Es ist das einfach eine Hintansetzung, gegen die ich mich als Gemeinderath entschieden verwahren muss. Ist es denn ein Geheimnis, zu sagen: wir bauen in Heiligenstadt und in Simmering ein Gaswerk? Ist denn das ein Geheimnis? Nein!

Sie arbeiten ja unten an den Plänen, ich habe mich davon überzeugt; ich bin aber selbst der Meinung, dass das nicht so schnell fertig werden wird und dass wir wieder den Engländern an den Kragen geliefert werden. (Rufe links: Sehr richtig!) Und wir sehen jetzt, dass, wenn nicht die eigene Regie eingeführt wird, es einmal möglich ist, dass wir in Wien plötzlich ganz im Finstern sind, was Ihnen auch der gegenwärtige Strike der Gasarbeiter beweist. (Rufe rechts: Das können sie ja bei uns auch! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir werden nicht so gewissenlos sein! — Gem.-Rath Stehlik: Wir werden die Leute bezahlen!)

Man gibt sich oft Mühe, sammelt sich das Materiale bei der Stellung von Anträgen und Einbringung von Interpellationen. Man will Übelständen abhelfen, man überantwortet die Interpellationen oder den Antrag dem Präsidium. Beim Antrage heißt es dann: „Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrath." Die Interpellation wird dann in der Regel zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung in den betreffenden Bezirk hinausgegeben.

Nun, Herr Bürgermeister, wird wohl niemand glauben, dass der betreffende Beamte, welcher vielleicht allein an dem Übelstande schuld ist, sich selbst verurtheilen wird (Heiterkeit links), und so ist es oft vorgekommen, dass nur unrichtige Antworten gegeben worden sind; man meldet sich zum Worte, und nach dieser freiheitlichen und fortschrittlichen Geschäftsordnung gibt es bei Interpellationen keine Debatte; man muss sich ganz ruhig von dem jeweiligen Vorsitzenden, der die Interpellation beantwortet, die Unwahrheit gefallen lassen.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, soll das ein Vorwurf sein oder nicht? Die Interpellationen werden auf Grund amtlicher Erhebungen beantwortet (Gem.-Rath Steiner: Das sage ich ja!) und die Beantwortungen werden dann auf Grund dieser Erhebungen zur Kenntnis der Versammlung gebracht. (Gem.-Rath Steiner: Die sind ja nicht richtig! — Gem.-Rath Gregorig: Die Schuldigen werden gefragt und ihre Antwort wird mitgetheilt, genau wie im Landtage!) Meine Herren, darüber lässt sich ja streiten, was richtig ist; aber sicher ist, dass auf Grund von amtlichen Erhebungen die Interpellationen beantwortet werden.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Aber auch Anträge, welche oft im Laufe der Debatte gestellt werden und hier die Zustimmung des Plenums finden, werden dem Magistrate übermittelt; z. B. der Antrag bezüglich der Reorganisation der Feuerwehr, wo der Herr College Wünsch mit Recht erklärt hat, es wäre wünschenswert, wenn schon gelegentlich der Budgetberathung ein Elaborat hier wäre. Es ist aber nichts davon sichtbar. Wie viele Anträge sind bezüglich der Reorganisation des Marktwesens schon gelegentlich der Berathung des Budgets im Jahre 1892 gestellt worden! Und, meine Herren, was ist von Seite des Magistrates geschehen? Ich habe hier ein Circular in der Hand gehabt, worin den Viehtreibern anbefohlen wird, dass die Stricke rein sein müssen, wo den Sauerkräutlern gesagt wird, dass sie nur mit Gabeln das Kraut nehmen dürfen und es abwägen müssen. Sonst ist vom Magistrate seit zwei Jahren nichts geschehen, und gewiss bedarf das Marktwesen einer Reorganisation. Man kümmert sich um den Zwischenhandel nicht mehr, man sieht ruhig zu, wie Ringe in Bezug auf Unschlitt und Häute geschlossen werden. Da mag Herr College Tagleicht in Verbindung mit Kleebinder sagen, was er will, das Fleischhauergewerbe geht zugrunde, ein Gewerbe, welches Jahrhunderte lang geblüht hat, und das Fleisch wird theuerer. In der Special-Debatte werden wir eingehend darauf zurückkommen, was man eigentlich mit der Decentralisation des täglichen Fleischmarktes will.

Aber, meine Herren, gegenüber all den Vortheilen, von welchen Sie bis jetzt gesprochen haben, die angeblich im Interesse der Vororte sind, gestatten Sie mir, Verhältnisse anzuführen, wie sie, Gott sei Dank — ich habe mich erkundigt — in anderen Bezirken nicht so crass sind, wie in meinem Bezirke. Ich glaube, wenn ich das vorgebracht habe, wird doch vielleicht der Herr Bürgermeister geneigt sein, den Betreffenden zu maßregeln.

Das Marktcommissariat im XIX. Bezirke scheint zu gar nichts anderem da zu sein, als die Bevölkerung anzuzeigen. Und wie verkehrt der gegenwärtige Chef des Marktcommissariats mit den Steuerträgern! Derselbe kommt um $^1/_2$1 Uhr nachts zu einer Dame, die 70 Jahre alt ist, sie privatisiert gegenwärtig, Frau Friedel, Bäckermeisterin in der Döblinger Hauptstraße — eine feine Dame — inspiciert die Werkstätte und besteht darauf, dass die Dame um $^1/_2$1 Uhr nachts die Cassa öffnet und ihm den Taufschein des betreffenden Lehrlings zeigt. (Rufe links: Unerhört!)

Der betreffende Leiter des Marktcommissariates geht zu einem Gemischtwaren-Verschleißer, Rosak, Ober-Döbling, Grinzingerstraße und sagt: „Wenn Sie mit mir sprechen, nehmen Sie den Hut vom Kopfe und geben Sie die Pfeife aus dem Munde."

Der betreffende Amtsleiter geht zu einem Kaufmanne namens Rapf, Nussdorf, findet dort kleine Kalender, wie man sie auf dem Lande in den Geschäften hat, und zeigt den Mann an wegen Übertretung des Pressgesetzes. Ja, das sind Zustände!

Eine weitere Anzeige soll erfolgt sein, weil bei uns, wo Weincultur ist, die Greißler Schrot zum Flaschenwaschen haben. Der Betreffende soll angezeigt worden sein wegen Übertretung des Waffenpatentes. (Rufe links: Unerhört!) So geht man vor. Ich kann Ihnen versichern, das macht böses Blut.

Gem.-Rath Kreindl wird es bestätigen, dass der Bezirksausschuss Langruber im XIX. Bezirke, ein hochanständiger Mann und Zuckerbäcker, wegen § 431 „Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens" angezeigt wurde. Zum Glücke wurde er freigesprochen, weil der Marktcommissär vergessen hat, die Casserolle zu confiscieren, sonst wäre er verurtheilt worden. Das Geschäft ist hochanständig. Eine Wirtin am Währingerspitz wurde zu acht Tagen verurtheilt, weil man gesagt hat, sie habe das letzte Bier nachgefüllt, was in diesem Gasthause — ich habe mich selbst überzeugt — nicht denkbar ist, weil die Gasanstalt und die Heim'sche Fabrik in der Nähe sind und ein großer Absatz stattfindet. So geht man bei uns vor, und es geht nicht nur den Geschäftsleuten, sondern auch den Wirtschaftsbesitzern so. Der betreffende Herr Chef des Marktcommissariates kommt wo hinein und sagt: „Sie, öffnen Sie Ihren Keller."

Ich habe hier interpelliert, und da hat es geheißen, er sei hiezu nach dem Kunstweingesetze berechtigt.

Gut! Nach dem Kunstweingesetze muss er endlich den Wein nehmen und ihn chemisch untersuchen; wozu braucht er aber zu wissen, wie viel Klafter Grund man hat. Er fragt aber, wie viel Grund Weingarten man hat, und verlangt, in den Keller geführt zu werden. Er könnte auch verlangen, dass man die Kastenladen aufmacht, damit er sieht, wie viele Kreuzer man noch hat. Das sind Zustände, die böses Blut machen, und Gem.-Rath Frauenberger kann versichert sein, wenn so fortgefahren wird, erringen

wir heute die Majorität in einer Genossenschaft, ein anderesmal im Bezirksausschusse und vielleicht, Gott sei Dank, das nächstemal im Gemeinderathe. Es wird schon vorwärts gehen. Sie sorgen bestens selbst dafür.

Einen Fall muss ich noch zur Sprache bringen. Er confisciert bei einem Mehlmesser an der Nussdorferlinie, Richter, einen Sack Schwämme. Gut, sie sind giftverdächtig. Er relationiert sofort an den XIII. Bezirk, weil der betreffende Händler dort wohnt. Es kommen zwei Marktcommissäre, die, wie ich erkläre, auch nicht sehr höflich sein sollen, und confiscieren noch einen Sack Schwämme, scheinbar giftverdächtig. In Hernals hat der Marktcommissär dieselben Schwämme in der Anger'schen Mehlhandlung als ausgezeichnet erklärt, und Familien haben diese Schwämme gegessen. Das ist stark. Der betreffende Händler ist deswegen vom magistratischen Bezirksamte des XIII. Bezirkes gestraft worden, weil die Schwämme scheinbar giftverdächtig sind. „Scheinbar" verurtheilt man aber niemanden; denn ebensogut könnte man glauben, dass scheinbar kein Mitglied der Majorität Stadtrath werden will und kein liberaler Reichsraths-Abgeordneter Verwaltungsrath oder Hofrath.

Ich halte die Urtheile für ungerecht, es soll gleich vorgegangen werden. Ist das zu confiscieren, dann muss es confisciert werden. Der Marktcommissär soll rücksichtslos bei Lebensmittelfälschungen sein, aber vor Chicanen gegenüber den Steuerträgern müssen wir uns doch schützen. Es wird in der Special-Debatte auch ein Fall vorgebracht werden, wo ein Geschäftsmann, der 60 Jahre am Platze ist, zu acht Tagen Arrest verurtheilt wurde; diesen Fall hat Herr College Pursch't übernommen.

Bürgermeister (unterbrechend): Das sind Verurtheilungen seitens der Behörden und Gerichte; die sind nicht Gegenstand der Verhandlungen hier. Wenn eine Partei sich dadurch beschwert erachtet . . .

Gem.-Rath Steiner: Ich führe ja nur an, dass die Betreffenden verurtheilt worden sind; das Recht muss mir doch zustehen, im Interesse meiner Wähler zu sprechen, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Da muss ich um Entschuldigung bitten! Die Behörde untersteht als solche nicht dem Gemeinderathe. Ich muss das zurückweisen. Wenn Sie sich beschwert erachten, so bitte ich, bei dem Vorgesetzten des betreffenden Beamten die Beschwerde zu überreichen. Es geht nicht an, die Action der Behörde in dieser Weise zu kritisieren, weil das Ansehen derselben vor der Öffentlichkeit herabgesetzt wird. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Steiner: Die Marktcommissäre sind untergeordnete Organe des Magistrates, und es muss mir doch gestattet sein, im Laufe der General-Debatte Übelstände zu besprechen, welche beseitigt werden müssen.

Bürgermeister: Insoweit Ihnen das Recht zusteht. Aber die behördlichen Entscheidungen des Magistrates sind nicht Gegenstand der Debatte.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Es wundert mich nur, dass nicht gleich der Vorwurf von Verdächtigungen und Verleumdungen gemacht wurde. Ich habe zu diesem Zwecke Namen angeführt, damit die Untersuchung eingeleitet werden kann. Und, Herr Bürgermeister, es ist kein Geheimnis, dass der Bezirksausschuss in seiner vorletzten Sitzung eine Note an den Amtsleiter des XIX. Bezirkes geschickt hat, welche von sämmtlichen Bezirksausschüssen unterschrieben ist und worin gebeten wird, die Thätigkeit dieses Marktcommissärs etwas genauer zu beobachten.

Meine Herren! Es wurde weiter gesagt, dass eine Erhöhung der Gebüren seit der Einverleibung überhaupt nicht stattgefunden hat. Ich will gar nicht sprechen von den vielen Commissionsgebüren. Aber eines, sehen Sie, die Bolletten der Brantweinschenker sind, ohne dass man jemand gefragt hat — es ist mir nicht erinnerlich, dass darüber eine Berathung im Landtage oder hier stattgefunden hat — um 100 Percent erhöht worden.

Demjenigen, der eine 10 fl.-Bollette gehabt hat und am 31. December 1891 bei dem Schalter des Steueramtes erschienen ist, ist erklärt worden, dass er jetzt 20 fl. bezahlen muss mit Rücksicht auf die Einverleibung, weil es jetzt nach der Einwohnerzahl geht. Das ist gewiss eine entschiedene Belastung!

Meine Herren, früher konnte man einfrieden, wie man wollte, jetzt, wenn man ein Gitter setzt, muss man 50 bis 80 kr. per laufenden Meter bezahlen. Das haben wir nicht gehabt. Als Verlassenschaftsgebüren, sogenannte fromme Gebüren, Versorgungsfond, Krankenhausfond, sind circa 2 Percent zu leisten, das haben wir nicht gehabt. Der Communalzuschlag bei Realgebüren, das haben wir alles nicht gehabt. Man darf nicht sagen — ich müsste wieder kritisieren — welchen Chicanen wir überdies dabei ausgesetzt sind. Dann kommt ein Auftrag nach dem anderen, dies und das soll geschehen. Ja, wenn Sie dem betreffenden Wirtschaftsbesitzer das Geld mitschicken, wird es durchgeführt, sonst kann er es nicht leisten.

Man muss sich endlich gewöhnen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung verschieden zu beurtheilen. Das muss geschehen und es muss der Magistrat in seinen Verordnungen, die er hinausgibt, die Verhältnisse an der Peripherie berücksichtigen und die in der inneren Stadt. So wie bisher, geht das nicht.

Der Herr College Frauenberger meinte zum Schlusse, er sei alt geworden und sein Programm sei immer das gleiche und er halte es hoch. Gestatten Sie mir, dies zu bezweifeln. Ich erinnere mich, dass die liberale Partei, als sie noch in der Minorität war, den Egoismus der Clericalen bei jeder Gelegenheit hervorhob, und ich erinnere mich auch an die scharfe Opposition, welche den Polen gemacht wurde, wie es immer geheißen hat, sie wollen die erste Geige spielen. Ich erinnere mich jetzt aber auch, dass seit sehr kurzer Zeit mit denselben seinerzeit bekämpften Clericalen die Liberalen Arm in Arm gegangen sind! Die Principientreue des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger, wenn er sich noch der liberalen Partei anschließt, scheint also nicht so groß zu sein! (Gem.-Rath Dr. Mittler ruft dazwischen.) Das ist alles wahr, Herr Dr. Mittler, da können Sie klopfen, wie Sie wollen! Jetzt haben Sie die Waffen der liberalen Partei, in der einen Hand den Rosenkranz, in der anderen den Talmud, und so führen Sie die Bevölkerung am Narrenseile. (Unruhe.) . . .

Bürgermeister: Ich muss den Herrn Redner zur Ordnung rufen. Derlei Beschuldigungen, dass eine politische Partei die Bevölkerung am Narrenseile führe, muss ich zurückweisen. (Gem.-Rath Jedlička ruft dazwischen.)

Herr Gem.-Rath Jedlička, mäßigen Sie sich!

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Bange machen gilt nicht mehr, und wenn Herr Gem.-Rath Frauenberger uns zuruft, kehren Sie um, so sage ich nein, das thuen wir nicht. Wir werden rücksichtslos fortkämpfen, bis sich das Angesicht dieses Saales verändert, bis endlich hier und in den anderen Vertretungskörpern Leute sitzen, welche das Gesetz zum Schutze der

ehrlichen Arbeit handhaben. (Bravo! links.) Wir werden kämpfen, bis Vertreter gewählt sind, welche deutsche Sitte und christliche Moral vertheidigen, damit es im Interesse der Bevölkerung und des lieben Vaterlandes endlich einmal besser wird. (Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Winkler: Meine Herren! Ich werde mich streng an das Budget halten. Ich bin einer derjenigen, welcher nach wie vor an den Finanzen der Stadt Wien nicht verzweifelt, wenn ich sie auch nicht rosig finde, und zwar aus dem Grunde nicht, weil die Umlagen in einer Höhe eingehoben werden, dass eine Steigerung absolut unmöglich ist. (Beifall.)

Wie Sie wissen, meine Herren, habe ich im Vorjahre anlässlich der Budget-Debatte den Antrag gestellt, der auch vom löblichen Gemeinderathe angenommen wurde, dass ein Arbeitsprogramm geschaffen werden solle. Was mit diesem Antrage geschehen ist, weiß ich nicht; Thatsache ist, dass ein solches Arbeitsprogramm nicht vorliegt; würde aber ein solches vorliegen, so könnten wir auf Grund desselben heute ein Finanzprogramm ausarbeiten. Es ist merkwürdig, und ich sehe gar keinen vernünftigen Grund, warum die maßgebenden Persönlichkeiten nicht geneigt sind, auf diesen Vorschlag einzugehen. Wenn ich z. B. ein Haus oder einen Grund besitze und dieses Haus vergrößere, das Nachbarhaus dazu kaufe, mit der ausgesprochenen Absicht, diese beiden Gebäude zu vereinigen, so ist es doch selbstverständlich, dass ich mir vor allem einen Überschlag machen lasse, um zu erfahren, was denn eigentlich diese Vereinigung kostet, und auf Grund dieses Kostenvoranschlages werde ich dann die nöthigen Maßnahmen treffen.

Bei uns ist das im großen und ganzen dasselbe. Wir haben einen Anlauf genommen, wir vereinigen die Vororte mit Wien, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, diese Vororte anzugliedern, großstädtisch einzurichten und ihnen alle jene Behelfe und Segnungen der Großstadt zukommen zu lassen, welche nothwendig sind, damit sie in den Rahmen einer Großstadt passen.

Nun wäre doch die erste Frage gewesen, dass wir wenigstens unter uns wissen sollten, was das eigentlich kostet, welche Arbeiten unbedingt nothwendig sind, und auf Grund dieses Kostenvoranschlages könnten wir dann die Bedeckung besorgen. Aber anstatt auf diese Weise vorzugehen, lassen wir die Ereignisse an uns herantreten; wenn jetzt dort ein Canal zusammenstürzt, so bauen wir einen neuen, weil er gebaut werden muss. Mit einem Worte, wir gehen ganz systemlos vor; dabei haben wir das Unangenehme, dass wir sehr viel Geld ausgeben, und die Vorortevertreter und auch die Vortebewohner immer der Meinung sind, dass sie stiefmütterlich behandelt werden, während uns die Sache eine Menge Geld kostet.

Meine Herren! Ganz anders wäre es, wenn ein Programm vorliegen würde, und wenn wir wüssten, wir brauchen für die Vororte für Pflasterungen soviel, für Canalisierungen soviel, für Schulbauten soviel, für Beleuchtungs- und Sanitätszwecke u. s. w. soviel. Das macht zusammen soviel. Auf Grundlage dieses Programmes könnte man dann für die Bedeckung sorgen, und zwar geht meine Meinung dahin, dass diese Bedeckung in der Form einer Anleihe beschafft werde; denn es kann doch nicht verlangt werden, dass die alten Bezirke dafür aufkommen, dass die neuen Bezirke großstädtisch eingerichtet werden, nachdem diese Bezirke, wie sie autonom waren, nicht in der Lage gewesen sind, allen Wünschen der Bevölkerung entsprechen zu können. Das sind außerordentliche Verhältnisse. Diese außerordentlichen Verhältnisse machen ganz außerordentliche Ausgaben, und diese außerordentlichen Ausgaben sollen wieder in außerordentlicher Weise bedeckt werden. Das ist ganz natürlich.

Meine Herren! Sie haben bei dem Pflaster-Präliminare z. B. für die alten Bezirke, wenn Sie dabei die 200.000 fl., die für unvorhergesehene Fälle berechnet sind, halbieren, einen Betrag von 286.000 fl. genehmigt und für die neuen Bezirke einen solchen von 763.000 fl.

Nun, meine Herren, das kann man keine currenten Auslagen nennen. Ich bitte einmal, warum soll denn z. B. die Einwölbung des Alsbaches, die Einwölbung des Krottenbaches u. s. w. aus den currenten Mitteln gedeckt werden? Das sind keine currenten Auslagen.

Das sind ganz außerordentliche Ausgaben, denn wenn Sie das als currente Ausgaben behandeln, so müssten Sie schließlich dazu kommen, dass der Sammelcanal auch eine currente Ausgabe ist. Denn die Sammelcanäle sind auch nichts anderes als der natürliche Abschluss eines bereits bestehenden Netzes. Aber es fällt niemandem ein, auch dem Herrn Budget-Referenten nicht, dass der Sammelcanal eine currente Ausgabe ist. Das sind ganz außerordentliche Fälle, für die sich nur einmalige Ausgaben ergeben. Die Erhaltung dieser Auslagen, das ist eine currente Auslage. Dass das eine außerordentliche Ausgabe ist, geht auch daraus hervor, weil beispielsweise zur Einwölbung des Krottenbaches das Land 60.000 fl. gespendet hat. Daraus geht schon der außerordentliche Charakter der Auslage hervor. Und bezüglich des Alsbaches, glaube ich, soll man ebenfalls an den Landtag um einen Beitrag herantreten.

Ja, meine Herren, wenn wir das als currente Auslage betrachten, so thut das Land ganz unrecht, wenn es uns dazu einen Beitrag leistet, denn solche Beitragsleistungen werden nicht für currente Ausgaben, sondern nur für ganz außerordentliche Ausgaben vom Lande geleistet. Und so wie es bei den Canalbauten ist, so ist es auch bei der Pflasterung und bei allen diesen Sachen. Wenn wir ein solches Arbeitsprogramm vor uns liegen hätten, so könnten wir die Auslagen auf zehn Jahre oder meinetwegen auf einen x-beliebigen Zeitraum vertheilen. Wir könnten genau bestimmen, zuerst wird das Nothwendigste gemacht, dann kommt das, dann das u. s. w.

Ich bin weit entfernt davon, zu behaupten, dass das alles auf einmal geschehen soll. Aber wissen soll man, welche Summe ungefähr nothwendig ist, um das alles leisten zu können. Denn, dass dann noch immer neue Ausgaben dazukommen werden, ist selbstverständlich. Wenn es jedoch in dieser Art weitergeht, dann wird es wirklich so kommen, wie der Herr Budget-Referent gestern gesagt hat, dass wir noch zwei, drei Jahre mit Hilfe der Cassenbestände, des Reservefondes u. s. w. werden fortarbeiten können — eine Erhöhung der Umlagen ist absolut ausgeschlossen — dass aber, wenn dann irgendein Elementarereignis oder etwas Ähnliches eintritt, wir wahrhaftig nicht wissen werden, was geschehen soll, dass wir dann vor einem großen Fragezeichen stehen. Ich glaube daher, es wäre viel praktischer und zweckmäßiger, wenn wir nicht alles auf die currenten Ausgaben schreiben würden, sondern wenn wir diese ganz außerordentlichen Ausgaben, die die Vereinigung der Vororte mit sich bringt, im Wege eines Anlehens decken würden.

Nachdem der Antrag vom vorigen Jahre noch aufrecht besteht, so werde ich keinen neuen Antrag stellen, ich möchte aber das geehrte Präsidium und unseren neuen Herrn Bürgermeister bitten,

er möge der Sache seine Aufmerksamkeit schenken. Ich glaube, der Antrag verdient es gewiss, studiert zu werden. (Beifall rechts.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Gräf: Meine sehr geehrten Herren! Es ist uns von verschiedenen Rednern Ihrer Partei der Vorwurf gemacht worden, dass wir uns in der General-Debatte über das Budget eigentlich mit nichts weniger als mit dem Budget beschäftigen. Insbesondere waren es die Herren Gem.-Räthe Dr. Scholz und Frauenberger, die diesen Vorwurf in besonders kräftiger Weise zum Ausdrucke gebracht haben.

Es hat der Herr Gem.-Rath Dr. Scholz unter anderem den Vorwurf zurückzuweisen versucht, dass der communale Karren sozusagen im Sumpfe stecke; er hat gesagt, das sei nicht wahr, es seien alle Einrichtungen der Großcommune Wien und insbesondere alles dasjenige, was die führende Partei im Wiener Gemeinderathe beschließe, danach angethan, das Interesse der Commune bestens zu fördern. Besonders rühmlich wurde nach dieser Richtung die Decentralisation und die Reorganisation im allgemeinen hervorgehoben. Gestatten Sie mir, da einige Beschwerden vorzubringen und zu bitten, dass das wesentlichste zur Beseitigung dieser Übelstände veranlasst werde. Es ist höchst sonderbar, dass man bei der Decentralisation und der Einführung der magistratischen Bezirksämter jetzt schon, nach kurzer Zeit, die Wahrnehmung gemacht hat, dass in jedem einzelnen Bezirksamte anders amtiert, dass Verordnungen, von denen man voraussetzen sollte, dass sie von der Centrale aus allen Bezirksämtern gleichmäßig zukommen, anders zur Ausführung kommen. Ich will mir erlauben, auf concrete Fälle in dieser Richtung hinzuweisen.

Es hat vor noch nicht langer Zeit auf Grund einer Anzeige eines Polizeiorganes eine Strafverhandlung bei Gerichte gegen einen Gastwirt wegen Überfüllung seines Locales bei einer Versammlung stattgefunden, und die Folge davon war eine Note an den Wiener Magistrat, den Fassungsraum dieser zu Versammlungen geeigneten Localitäten durch eine Commission festsetzen zu lassen. Es ist das mithin eine Amtshandlung im übertragenen Wirkungskreise, die eben durch die Organe der Commune durchzuführen ist. Bei uns, meine Herren, im XVI. Bezirke sind solche Commissionen durchgeführt worden und von keinem Besitzer eines der größeren Locale wurde eine Commissionsgebür abverlangt. Wie ist das nun im XVII. Bezirke, meine Herren? Dieser ist doch auch ein Bezirk, der zur Großcommune Wien einverleibt ist, der auch ein magistratisches Bezirksamt hat; nun hören Sie, wie man gegen die Besitzer solcher großen Localitäten dort vorgegangen ist. Die Besitzer dieser Localitäten haben eines Tages eine Vorladung zum magistratischen Bezirksamte bekommen, worin man sie aufgefordert hat, unter Mitbringung eines 50 kr.-Stempels an einem bestimmten Tage zu erscheinen. Dort wurde ihnen nahegelegt, dass sie ein Protokoll unterschreiben sollten, worin sie um eine commissionelle Besichtigung ihrer Localitäten wegen Bestimmung des Fassungsraumes ansuchen. Diese Commissionen haben stattgefunden, und jene Gastwirte, die ihr Geschäft zufälligerweise im XVII. Bezirke betreiben, mussten für die vorgenommene Commission eine Gebür von 10 fl., beziehungsweise 17 fl. zahlen. Nun erklären Sie mir, meine Herren, wie sich das rechtfertigt. Entweder hat das magistratische Bezirksamt des XVI. Bezirkes unrecht gehabt oder das magistratische Bezirksamt des XVII. Bezirkes hat unrecht gehabt. Es ist das jedenfalls ein Fehler in der Decentralisation, insofern als die Instructionen, die von der Centrale an die Bezirksämter hinausgegeben werden, nicht in der richtigen Weise interpretiert werden.

Es ließe sich noch auf so vieles andere hinweisen, und ich werde mir auch gelegentlich der Special-Debatte erlauben, einige solche Fälle anzuführen. Nun, meine Herren, ist uns der Vorwurf gemacht worden, dass wir nicht Vorschläge machen, wie es denn möglich wäre, Ersparungen zu erzielen, dass wir nicht Vorschläge machen, die dahin führen, das Deficit, gegen das ja von allen Rednern dieser (rechten) Seite angekämpft wird, beseitigen zu helfen. Nun gestatten Sie mir, meine Herren, nach dieser Richtung einiges vorzubringen. Gewiss — und das wird von keinem der Herren abgeleugnet werden können — ist eine rationelle Behandlung der Geschäfte das geeignetste Mittel, das Deficit zu bannen, und ich gebe ja recht gerne zu, dass der Verwaltungsapparat so groß ist, dass nicht alles nach dem Schnürl gehen kann, es nicht so leicht, alles zu übersehen. Wenn aber die Vertreter der einzelnen Bezirke auf Übelstände aufmerksam machen, so sollte man doch voraussetzen, dass von Seite des Präsidiums sowohl als auch von anderen dazu berufenen Factoren den bezüglichen Anträgen Rechnung getragen werde.

Es ist von einem geehrten Vorredner auf jener (rechten) Seite des Hauses uns Vertretern der ehemaligen Vororte der Vorwurf gemacht worden, wir seien gegen die Stadt Wien undankbar, und als ich mir kürzlich einmal die Bemerkung erlaubte, dass der XVI. Bezirk eigentlich stiefmütterlich behandelt werde, so sind diese meine ganz gewiss berechtigten Ausführungen auf Widerspruch auf Ihrer Seite gestoßen. Meine Herren, auch nach der Richtung könnte ich heute mit einer Reihe von Daten dienen, aber ich spare sie mir für die Special-Debatte auf. Nur erlauben Sie mir, auf einen besonders wichtigen Fall, nämlich die Straßenpflege, hinzuweisen.

Meine Herren, es ist eigenthümlich, dass bei uns, in der großen Gemeinde Wien, vieles und vieles zum Schaden der Gemeinde geradezu verkehrt angepackt wird. Ich gebe recht gerne zu, und ich habe es bereits erwähnt, dass ja der Apparat ein sehr großer ist und dass so manches übersehen werden kann. Aber wenn Sie heute bei uns draußen im XVI. Bezirke — und ich muss mich da dem Collegen Steiner anschließen — unsere nicht gepflasterten Straßen anschauen, so wird es Ihnen annäherungsweise so vorkommen, wie auf einem ungarischen Dorfe und nicht in einem Bezirke der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Ich gebe Ihnen zu: die Straßenreinigung — und ich erkenne das dankend an — ist in den letzten Jahren eine bedeutend bessere im Bezirke geworden, die Straßenpflege jedoch ist eine bebedeutend schlechtere. Sie können heute den ganzen Bezirk durchkreuzen und durchqueren und Sie werden jetzt in der so vorgerückten Zeit in den Straßen nicht eine Schotterfigur finden. Die Folge davon wird sein, dass der so bedeutende Betrag, welcher ins Budget eingestellt ist, bei dem Umstande, als der Schotter viel zu spät geliefert wird, zum großen Theile zum Fenster hinausgeworfen ist.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Pflege der öffentlichen Parkanlagen. Man geizt, für sie einen Wächter anzustellen, der vielleicht einige Wochen hindurch um den kargen Wochenlohn von 6 bis 7 fl. die öffentlichen Anlagen überwacht. Die Verwüstungen aber, die in solchen Parkanlagen dadurch angerichtet werden, dass sie unbewacht sind, gehen in hunderte und hunderte von Gulden.

Es ist das eine Unwirtschaft, die gewiss getadelt werden muss. Es hat mich peinlich berührt, die Anlagen vor der Altlerchenfelder Kirche anzusehen. Wenn Sie dort einige Wochen hindurch im Frühjahre eine Person gehabt hätten, welche die Anlagen dort bewacht hätte, ich weiß nicht, ob Sie nicht mehr als tausend Gulden erspart hätten. Schauen Sie die Anlagen jetzt an! Die Gesträuche sind niedergetreten, das ganze Rasenparterre ist vernichtet, die Umzäunung ist niedergerissen u. s. w., und anfangs Februar war die Anlage noch in ganz gutem Zustande. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Ausbessern der gepflasterten Straßen. Es wird da so lange zugewartet, bis diese kleinen sogenannten Schlaglöcher sich zu großen Vertiefungen verbreitert haben, dass vielleicht statt 1 m 10, 15, 20 m gepflastert werden müssen, und es ist eine bekannte Thatsache, dass speciell bei Umpflasterungen der Straßen sehr viel Geld unnütz ausgegeben wird.

Nun komme ich auf einen Übelstand zu sprechen und ich will in dieser Angelegenheit gleich einen Vergleich ziehen zwischen den inneren und äußeren Bezirken. Die Sache betrifft die Straßenbespritzung. Ein altes Sprichwort sagt: „Vom Märzenstaub ist das Loth einen Ducaten wert", und es scheint die löbliche Commune Wien sich heute dieses Sprichwort, das für den Ökonomen eine große Bedeutung haben kann, vor Augen zu halten. Es ist gewiss nicht großstädtisch, dass man in Wien erst zu einem gewissen Zeitpunkte mit der Straßenbespritzung beginnt. Jetzt staubt es schon seit 14 Tagen entsetzlich, aber gespritzt wird absolut nicht. Ich bitte sehr, wie wird es denn später sein? (Gem.-Rath Dr. Lerch! Es ist kein Wasser da!) Es muss einfach Vorsorge getroffen werden, damit Wasser da ist, denn die Lungen der Wiener vertragen den Märzstaub ebensowenig und vielleicht noch weniger als den Aprilstaub. Wo aber Wasser ist, wird auch in einer Weise umgegangen, dass es geradezu an Krähwinkel erinnert. Ich habe die Gelegenheit gehabt, mir die Bespritzung des Judenplatzes anzusehen. Auf den Judenplatz münden einige sehr schmale Gassen, die Currentgasse, die Drahtgasse u. s. f., dort steht ein Hydrant, und man sollte glauben, dass die hiezu berufenen Organe wenigstens auf den Gedanken kommen: ein ganz einfacher Schlauchwagen zum Hydranten postiert und ein Mann dazu, wären in der Lage, den Judenplatz und die anstoßenden Gassen sehr leicht zu bespritzen. Aber das geschieht nicht, meine Herren. Zu diesem Hydranten muss ein Wasserwagen fahren. Der Wasserwagen wird vom Hydranten gefüllt und fährt dann in diesen engen Gassen herum, sperrt einen halben Tag den Verkehr ab, und das nennt man Bespritzung der Straßen und Plätze in den inneren Bezirken! Und dieselbe Wahrnehmung, die ich hier gemacht habe, habe ich schon in anderen Bezirkstheilen gemacht. Wenn auch auf diesem Gebiete rationell gewirtschaftet würde, so könnte manches erspart werden. Wenn da und dort in verschiedenen Capiteln des Rechnungsabschlusses gespart und rationeller gewirtschaftet würde, so könnte das Budget der Stadt Wien gewiss um ein Bedeutendes herabgemindert werden.

Ich habe nur einiges über die Geschäftsführung der Commune selbst noch zu sagen. Es ist von anderen Herren Vorrednern bereits ausgeführt worden, dass die einbezogenen Bezirke und die Bewohner derselben mit einer gewissen Härte behandelt werden. Zu dieser Härte kommt aber auch noch, dass man gewisse Agenden sehr unpraktisch anfasst und dadurch der Stadt Wien sehr bedeutende Auslagen verursacht, sie eventuell auch in eine Unannehmlichkeit bringt.

Meine Herren, es ist bei uns so usuell, dass einem Bauwerber vor der Baubewilligung die Zahlung der Canaleinmündungs-Gebüren aufgetragen wird, unbekümmert darum, ob in der Gasse, wo das Haus erbaut werden soll, sich ein Canal befindet oder nicht. Nach meinem Dafürhalten ist das sehr unpraktisch und auch unökonomisch, und ich werde Ihnen an einem Beispiele nachweisen, dass meine Ansicht darüber richtig ist.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, baut die General-Direction der Tabakregie bei uns im XVI. Bezirke eine Tabak- und Cigarrenfabrik. Diese Fabrik hat vier sehr bedeutende Gassenfronten, und es wurde vor der Baubewilligung dem Finanzärar die Bezahlung einer Canaleinmündungs-Gebür von weit über 5000 fl. aufgetragen. Nun befindet sich aber nur in der Lerchenfelderstraße ein Canal, und es wurde die Canaleinmündungs-Gebür für sämmtliche vier Gassenfronten des Fabriksgebäudes eingehoben, also auch für die Römergasse, Huttengasse und Gablenzgasse. In einigen Tagen dürften Sie im Bauamte die Bescheerung haben, dass die Tabakregie mit dem Ansuchen an Sie herantritt, mit Rücksicht darauf, dass Sie die Canaleinmündungs-Gebür bereits verlangt haben, auch die Einmündung des Niederschlagswassers — nachdem der Dachstuhl jetzt aufgestellt worden ist — nach allen vier Gassenfronten zu ermöglichen. Was werden Sie thun? Werden Sie einen Canal herstellen in der Gablenz-, Römer- und Pettenkofergasse, der 40- bis 50.000 fl. kostet? Vorderhand ist noch kein Haus dort. So schafft sich die Commune Wien durch Bestimmungen in der Bauordnung, die gewiss nicht auf alle Fälle Anwendung finden, selbst unangenehme Situationen, über die sie, ich weiß nicht wie, hinauskommen wird. Aber ganz dasselbe findet auch bei anderen Bauwerbern statt, und ich muss offen gestehen: Ich kann nicht begreifen, wie man sich etwas, das man vorderhand gar nicht hat, bezahlen lassen kann. Ich wäre der Meinung, dass noch immer Zeit genug wäre, die Canaleinmündungs-Gebür bei dem Benützungsconsens zu verlangen, und Sie würden in diesem Falle zu einer Ausgabe von 30- bis 40.000 fl. gewiss nicht gedrängt werden, wenn in anderer Weise vorgegangen würde. Ich meine dies in Bezug auf die Tabakregie.

Nun, meine Herren, muss ich mir erlauben, noch einen Vorwurf zurückzuweisen. Es hat nämlich Herr Gem.-Rath Frauenberger unter anderem ausgeführt, dass eigentlich die Stadt Wien keinen Vortheil aus der Einverleibung der Vororte mit Wien ziehe, und dass es eigentlich gut sei, dass die Einverleibung stattgefunden habe, indem uns ja die Einbeziehung in den Verzehrungssteuer-Rayon nicht ausgeblieben wäre. Ich gebe das sehr gerne zu. Ich bin ja auch ein eigentlicher Gegner der Einverleibung der Vororte mit Wien nicht und erkläre Ihnen offen, dass ich ganz gut weiß, dass wir durch die einfache Einbeziehung in den Verzehrungssteuer-Rayon sehr bedeutende Lasten zu tragen gehabt hätten, aber das eine werden Sie mir doch nicht ableugnen können, dass wir auch einen 100percentigen und einen 30percentigen Zuschlag zu tragen haben, und dass ferner — ich werde Ihnen dies für den XVI. und XVII. Bezirk an der Hand von Belegen nachweisen — die Großcommune Wien eigentlich in unseren Bezirken gewiss nicht mehr, wenn nicht bedeutend weniger, geschaffen hat, als die autonomen Gemeinden unter diesen Umständen zu schaffen in der Lage gewesen wären.

Es ist von einem Herrn Redner jener Seite (rechts) hervorgehoben worden, dass die Commune Wien für Erbauung von Schulen in den Vororten sehr bedeutende Opfer bringt, und es ist, wenn ich mich recht erinnere, gesagt worden, dass beiläufig 800.000 fl. für Schulen verwendet worden sind. Nun, meine Herren, in unserem Bezirke — ich habe das schon kürzlich ausgeführt und muss es

heute neuerdings betonen — ist seit drei Jahren, seitdem wir einbezogen sind, nicht mehr geschehen, als dass die eine Schule in der Panikengasse fertiggestellt und ein drittes Stockwerk auf die Schule in der Seitenberggasse aufgesetzt wurde, das sind Bauten, die schon im Jahre 1889 von der bestandenen Gemeinde Ottakring in Aussicht genommen waren!

Ganz ähnlich, meine Herren, verhält es sich mit den Pflasterungen. Es ist im XVI. Bezirke, in den zwei großen Gemeinden Ottakring und Neulerchenfeld, innerhalb drei Jahren nur ein Betrag von 42.000 fl. für Neupflasterungen ausgegeben worden, und ich erlaube mir, dem gegenüber zu constatieren, dass der Bezirks-Straßenausschuss allein in früherer Zeit in beiden Gemeinden jährlich um weit über 50.000 fl. gepflastert hat, ohne dasjenige, was durch die Gemeinden geschehen ist.

Aus allen dem ergibt sich, dass wir eigentlich nicht immer die Ermahnungen zur Dankbarkeit von den Herren Rednern jener Seite (rechts) entgegenzunehmen haben; wir werden dies erst dann thun, wenn wir die Überzeugung gewinnen, dass zwischen den einbezogenen neuen Wienern und alten Wienern in der Beziehung ein Unterschied nicht gemacht werde. Wenn wir sehen werden, dass mit Rücksicht auf die sehr bedeutenden Lasten, welche die jetzt einbezogenen Vororte zu tragen haben, auch die Stadt Wien, respective der Gemeinderath den berechtigten Wünschen entgegenkommt, dann, meine Herren, werden wir es sehr gerne — aber auch gewiss sehr gerne — anerkennen, und jene Opposition, die wir heute berechtigterweise gegen die Majorität des Wiener Gemeinderathes führen, aufgeben. Früher aber werden Sie uns schon erlauben, dass wir den Standpunkt, den wir bis jetzt vertreten haben, beibehalten. Es ist unter anderem auch von Herrn Dr. Scholz gesagt worden, die Vorortebevölkerung ist undankbar und anerkenne eigentlich die Bestrebungen des Wiener Gemeinderathes nicht!

Meine Herren! In der letzten Zeit erst hat es sich so recht eclatant gezeigt, ob denn die Bevölkerung der Vororte im großen und ganzen zufrieden ist! Es sind von zwei Herren Doctoren, Mitgliedern des Wiener Gemeinderathes, allerdings nicht Doctores medicinae, in der Richtung Impfversuche gemacht worden. Es waren dies die Herren Dr. Vogler und der jetzige Herr Bürgermeister Dr. Grübl. Vor einigen Wochen haben sie in unserem Bezirke draußen in einer Versammlung gesprochen. Die Patienten, die sich dort eingefunden haben, waren nicht sehr zahlreich, und die Lymphe, die verwendet worden ist, hat ihre Dienste versagt, hat nicht gewirkt, und nun sagen Sie mir, wer ist denn bei uns zufrieden und gewiss nicht mit Recht unzufrieden? Die Bezirksausschusswahlen in unserem Bezirke waren der eclatanteste Beweis, dass der kleine Gewerbsmann nicht zufrieden ist. Der Beamte im 2. Wahlkörper hat sich auch zu Gunsten unserer Partei entschieden, er ist gewiss nicht zufrieden. Vielleicht die Lehrer? Sie sind vielleicht die einzigen. (Ruf: O nein, auch nicht!) Und die vielleicht nicht alle, sondern nur jene, die durch die Einverleibung der Vororte bedeutende Vortheile erzielt haben. Aber selbst der sogenannte Wahlkörper des Besitzes hat sich auch in unserem Bezirke gegen die Majorität des Wiener Gemeinderathes entschieden.

Warum? Gewiss ist es nicht Animosität gegen die Personen gewesen; es war einfach nur ein Protest gegen die Partei. Meine Herren, wenn wirklich die Verhältnisse in den Vororten so rosige wären, so müssten ja naturgemäß auch bei den Wahlen in allen Bezirken die Männer Ihrer Parteirichtung gewählt werden. Dass das nicht geschehen ist, beweist nur klar und deutlich, dass die Bevölkerung der einbezogenen Vortebezirke gewiss alle Ursache hat, mit dem bisherigen Verhalten der Partei, mit der Zuwendung all der sogenannten Wohlthaten für die Bezirke nicht zufrieden zu sein.

Ich erlaube mir auch mit den von Ihnen kritisierten Worten unseres sehr verehrten Führers zu schließen: Umkehr und Gerechtigkeit.

Meine Herren! Umkehr und Gerechtigkeit für die berechtigten Wünsche der Bevölkerung der ehemaligen Vororte! (Lebhafter Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Nechansky (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte. (Links: Hört!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt; ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht; nach einer Pause:) Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte sind noch vorgemerkt die Herren Gem.-Räthe Dr. Vogler, Wessely, Dr. Stern, Dr. Geßmann, Herrdegen, Schneeweiß, Dr. Hackenberg, Gregorig, Dr. Nechansky, Tischler, Lang, Jedlička, Frauenberger, Eigner, der Herr Bürgermeister, Rauscher, Bärtl, Steiner, Dr. Lueger und Becker.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Einer der gestrigen Herren Redner hat mich direct apostrophiert, und aus diesem Anlasse habe ich mich zum Worte gemeldet und benütze die sich mir darbietende Gelegenheit, um auch auf einiges zu antworten, was gestern der erste Herr Redner und Führer der Opposition vorgebracht hat. Ich werde auf die große Budgetrede des Herrn Dr. Lueger nicht Wort für Wort antworten, umsomehr, als ich annehmen kann, dass dies heute schon n entsprechender Weise geschehen ist. Ich war leider verhindert, der ersten heute hier gehaltenen Rede anzuwohnen. Als ich aber gestern die Rede des Herrn Führers hörte — mein alter College Dr. Lueger möge mir verzeihen — so hat sich mir der Gedanke aufgedrängt, dass das alles nur alter Kohl war, der uns in neuer Aufwärmung vorgesetzt wurde. Vor allem anderen hat er „von der Gas" gesprochen, um mich hier eines populären Wortes zu bedienen, denn man drückt sich so aus, wenn man unser Verhältnis zur Gasgesellschaft besprechen will. Es ist da sowohl von ihm wie von Dr. Kupka die wiederholt erwähnte und ebenso oft widerlegte Unrichtigkeit vorgebracht worden, als ob es im Jahre 1886 einfach in unserem Belieben gelegen gewesen wäre, die Engländer aus Wien hinauszubringen, die Gaswerke selbst in eigene Regie zu übernehmen. Dr. Lueger ist doch bei allen diesen Verhandlungen schon damals im Gemeinderathe anwesend gewesen, er kennt ja die ganze Gasfrage so genau, er hat sie so eingehend studiert, dass er gewiss wissen muss, dass das nicht richtig gewesen ist. Die Gründe, welche uns damals bestimmt haben, von der Kündigung nicht Gebrauch zu machen, lagen ja gerade darin, dass wir endlich einmal mit dieser Gesellschaft fertig werden wollten, und wir konnten nur fertig werden, wenn wir den Gasvertrag ablaufen ließen, beziehungsweise den Vertrag bis Ende 1899 bestehen ließen. Die Hindernisse, — sowohl juridischer wie technischer Natur — welche damals der Kündigung entgegenstanden, alle wieder aufzuführen, hieße auch meinerseits einen alten Kohl wieder aufwärmen. Ich will also auf dieses Gebiet nicht weiter eingehen und nur die Thatsache constatieren, dass neuerdings wieder die unrichtige Behauptung hier vorgebracht worden ist, als ob es in unserem Belieben gewesen

wäre, im Jahre 1886 einfach die Gaswerke in eigene Regie zu übernehmen.

Es ist dann ebenso von der Tramway gesprochen worden, und es wurde auch wieder daran vergessen, welche Gründe uns bestimmt haben, auf die Verlängerung des Vertrages mit der Tramway-Gesellschaft unter neuen für die Gemeinde günstigeren Bedingungen einzugehen. Da ist vor allem daran zu erinnern, dass die staatliche Concession der Wiener Tramway-Gesellschaft bis zum Jahre 1925 gelaufen ist, und dass wir wahrscheinlich nicht in der Lage waren, vor diesem Jahre die Tramway-Gesellschaft aus unseren Straßen herauszubringen. Es ist weiter zu bemerken, dass wir neue Linien bekommen haben, die wir sonst gewiss nicht bekommen hätten. Heute fahren wir auf diesen Linien, sonst würden wir wahrscheinlich nicht auf ihnen fahren, wenn wir nicht das Nachtragsübereinkommen geschlossen hätten. Endlich haben wir eine Million Gulden bar auf die Hand bekommen. Alle diese Momente werden jetzt verschwiegen und es wird als ein leichtes Ding hingestellt, als ob wir es nur nöthig gehabt hätten, mit der Tramway-Gesellschaft ein anderes, ich weiß nicht welches, Übereinkommen zu schließen, um in den Besitz der Tramwaylinien und des Erträgnisses derselben zu kommen. Ich erwähne dies nur ganz kurz, um festzustellen, dass diese hochberühmten Einnahmsquellen, auf welche bei jeder Gelegenheit und auch heute verwiesen wurde, der Gemeinde heute nicht zugebote gestanden wären, auch wenn alles so eingetreten wäre, wie es sich die Herren vielleicht gedacht hätten. Diese Einnahmsquellen werden einmal unseren Nachkommen gewiss gute Dienste leisten, wir bereiten die Verstadtlichung dieser Anstalten vor und thun gut daran. Aber es war nicht in unserem Machtbereiche, diese Verstadtlichung in früheren Jahren selbst vorzunehmen.

Herr Dr. Lueger hat dann in eingehender Weise über das neue Statut und den Stadtrath gesprochen, er hat die Wirksamkeit des Stadtrathes dargelegt, und ich muss sagen, dass aus seinen Worten ja eigentlich eine ganz großartige Anerkennung für den Stadtrath herausgeklungen ist. Seit Herr Dr. Lueger dem Stadtrathe angehört, hat er sich überzeugt, dass in diesem Stadtrathe, in dieser so viel verlästerten Körperschaft ganz außerordentlich gearbeitet wird, und Herr Dr. Lueger kann nicht umhin — so viel Gerechtigkeitsgefühl hat er noch — anzuerkennen, dass fleißig und emsig in dieser Körperschaft gearbeitet wird. Es ist ihm nur der eine Punkt der Besoldung nicht recht. Nun glaube ich, ist es ein gewisser logischer Widerspruch, einerseits zu sagen: „ja, der Stadtrath ist mit Arbeit derart überlastet, dass man es niemand zumuthen kann, dieses Amt zu übernehmen, wenn er nicht seine Geschäfte vernachlässigen will"; andererseits aber zu sagen: „er muss es trotzdem unentgeltlich thun". Und dieses logischen Widerspruches macht sich Herr Dr. Lueger schuldig. Allerdings kommt er dann dazu, zu sagen, ja wir brauchen überhaupt den Stadtrath nicht und wir könnten das auch auf andere Weise bewältigen, aber ich habe vergebens in seiner Rede nach irgendeinem concreten Vorschlage in dieser Beziehung gesucht. Er hat nur eines ganz oberflächlich angedeutet, indem er sagte, man hätte dem Magistrat eine Reihe von Agenden übertragen können, durch welche der Gemeinderath hätte entlastet werden können.

Nun bitte ich Sie, meine geehrten Herren, sich Folgendes vor Augen zu halten. Wenn Sie das alte System, wie es auch in der Rede des Herrn Gem.-Rathes Kupka empfohlen worden ist, nach der Einverleibung der Vororte mit Wien hätten beibehalten wollen, was wäre dann geschehen? Schon im alten Gemeinderathe, der nur die Vertretung der zehn Wiener Bezirke repräsentierte, hat sich Sitzung an Sitzung gereiht. Wir haben über 100 öffentliche und eine ganze Reihe vertrauliche Gemeinderaths-Sitzungen gehabt. (Rufe links: Die haben wir jetzt auch!) Wir haben dann Sections-Sitzungen gehabt; die Herren wissen, dass wir zehn Sectionen hatten und fast jede dieser Sectionen hat in der Woche eine Sitzung abgehalten. Wir haben ferner eine Reihe vom Commissionen und Comités gehabt und auch diese haben Sitzungen abgehalten. Die Gemeinderäthe habenbei öffentlichen Verhandlungen und bei Local-Commissionen interveniert. Wenn Sie sich nun die damalige Thätigkeit des Wiener Gemeinderathes vor Augen halten, die ja schon damals für die einzelnen Gemeinderäthe erdrückend war und die dahin geführt hat, dass man wiederholt im alten Gemeinderathe gesagt hat, so geht es eigentlich nicht weiter, denn das ist ja eine ganz enorme Last, die auf den einzelnen Gemeinderäthen lastet. Wenn Sie sich das alles vor Augen halten und bedenken, dass sich diese Arbeiten durch die Einverleibung der Vororte verdoppelt hätten — denn diese Verdoppelung ist ja nur die natürliche Folge der Einverleibung von neuen ausgedehnten Bezirken, die eine ganze Reihe von neuen Arbeiten mit sich gebracht hat — so bitte ich nur zu berechnen, wohin das gekommen wäre! Wie hätten Sie die Geschäfte führen können, wenn Sie, nachdem Sie im früheren Gemeinderathe wöchentlich zwei Sitzungen gehabt haben, dann vier Sitzungen hätten halten müssen; wenn jede der Sectionen, die eine Sitzung wöchentlich gehabt hat, zwei hätte halten müssen? Wenn Sie dann weiter bedenken, dass jeder Gemeinderath in drei, vier Sectionen eingeschrieben war — ganz abgesehen von den verschiedenen Commissionen — so werden Sie doch eingestehen, dass dies ein Verwaltungsapparat gewesen wäre, mit dem man im großen neuen Wien nicht hätte auskommen können. Der Stadtrath ist ja übrigens eine in ganz Österreich anerkannte Körperschaft und in allen größeren Städten findet man diese Institution. Es ist ja keine Neuheit gewesen, und die Erfolge des Stadtrathes in Wien, wie sie sich nach dem dreijährigen Bestande des Stadtrathes ergeben haben, weisen doch darauf hin, dass man mit der Einführung dieser Institution auch in unserer Stadt meines Erachtens einen Fehlgriff nicht gemacht hat. (Gelächter links.)

Die Herren lachen darüber! Aber ich möchte nur wissen, wie Sie die Verwaltung dieser Großstadt regeln wollen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe es gesagt!) Ich bitte, doch praktische, concrete Vorschläge zu machen. Mit der Übertragung sämmtlicher Agenden an den Magistrat ist doch noch nichts gewonnen. Den Magistrat bilden die ernannten Beamten, und wenn Sie die ganze communale Wirtschaft diesen überlassen wollen, dann hört sich die Gemeinde-Autonomie einfach auf. Wenn Sie aber Wert auf die Gemeinde-Autonomie legen, dann müssen Sie auch die Gemeindeverwaltung in die Hand einer Körperschaft legen, welche aus Wählern der Gemeinde selbst gewählt worden ist. Und das ist in erster Linie der Gemeinderath, in zweiter Linie, weil der Gemeinderath selbst für diese große Verwaltung nicht fähig ist, der Stadtrath. (Widerspruch und Gelächter links.) Ich bitte, meine Herren, es ist selbstverständlich, dass das Wort „fähig" in dem Sinne gebraucht worden ist, dass eine Körperschaft von 138 Mitgliedern sich nicht mit allen Details der Gemeindeverwaltung befassen kann.

Nun noch ein Wort über die Entlohnung der Stadträthe. Herr Dr. Lueger hat gemeint, dass diese Entlohnung ein Princip

sei, welches er entschieden perhorresciert, nicht nur beim Stadtrathe, sondern auch beim Landesausschusse, überhaupt ist er dagegen, dass ein gewählter Vertreter irgendeine Entlohnung beziehe. Herr Dr. Lueger hat früher der demokratischen Partei angehört, und es ist ein demokratisches Princip, dass zu den gewählten Stellen jedem der Zutritt möglich sein soll. Herr Dr. Lueger hat andererseits gestern in seiner Rede selbst erklärt, dass jeder, der ein Geschäft hat, eigentlich ein Stadtraths-Mandat gar nicht haben kann, weil er nicht in der Lage ist, dasselbe auszuüben, ohne sein Geschäft in empfindlichster Weise zu vernachlässigen. Was folgt also daraus? Wenn Sie den Stadtrath nicht entlohnen wollen und andererseits die Arbeitslast des einzelnen Stadtrathes bedenken, so folgt daraus, dass Sie zu Stadträthen nur solche Mitglieder des Gemeinderathes wählen können, welche ein Vermögen besitzen, von dessen Renten sie leben können. (Zustimmung rechts.) Dadurch kommen Sie aber zu einer ganz aristokratischen Verwaltung in der Gemeindevertretung (Gem.-Rath Jedlička: Ist denn jeder, der reich ist, ein Aristokrat?), und das, glaube ich, kann gewiss nicht der Wunsch sein.

Der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat dann auch die Bemerkung gemacht, dass diese Entlohnung des Stadtrathes zur Corruption führt, indem man schließlich bei diesen 3000 fl. in einer solchen Weise hängt, dass man mit der Verleugnung seines eigenen besseren Ichs und mit Verleugnung seiner eigenen Gesinnungen lieber sich an dieses Mandat klammert, sich unterjocht, einerseits einem willensstarken Manne, wie er gesagt hat, andererseits einer willensstarken kräftigen Partei u. s. w. Ich möchte mir dagegen nur die Bemerkung erlauben, dass es meines Erachtens gegenüber dieser Corruption, die von ihm so sehr gefürchtet wird, ein sehr gutes Mittel gibt, und das ist das Mittel, ein charaktervoller Mann zu sein. (Beifall rechts.)

Herr Dr. Lueger hat erklärt, er könnte über den Stadtrath auch noch manches andere sagen, er hat uns aber eigentlich diesmal über den Stadtrath nichts Besonderes ausgeplaudert. Was er uns sonst über den Stadtrath einmal in einer anderen Rede gesagt hat, ist einfach dahin gegangen, dass einer der Herren Stadträthe sich das Vergnügen macht, in einem Büchelchen gewisse Gedankensplitter oder Redeblumen aufzuzeichnen, die ja in jeder parlamentarischen Körperschaft, überall dort, wo gesprochen wird, hie und da vorkommen. Das ist im alten Gemeinderathe und auch im neuen geschehen und geschieht auch im Stadtrathe. Wenn man dem Stadtrathe weiter nichts vorwerfen kann, als dass hie und da Redeblüten geleistet werden, welche vielleicht den Humor herausfordern und vielleicht zum Lachen reizen, so ist das, glaube ich, das beste Zeichen für die Wirksamkeit des Stadtrathes. Ich mache dabei aufmerksam, dass es der Führer der Opposition war, der an der Wirksamkeit dieser Körperschaft, des Stadtrathes, nichts anderes auszusetzen weiß, als dass einer der Collegen solche Redeblumen aufzeichnet.

Herr Dr. Lueger hat dann die Stellung unserer Partei zur Opposition besprochen.

Nun, meine geehrten Herren, er hat gesagt: Wir — nämlich Sie, die Herren von der Opposition — haben keine Stellen im Präsidium, man hat Ihnen keine Stellen im Stadtrathe eingeräumt u. s. f. Gestatten Sie mir, da nur einige Worte zu erwidern.

Was das Präsidium betrifft, so glaube ich, ist es ein richtiges Verwaltungsprincip, wenn man daran festhält, dass die Verwaltung, welche von dem Präsidium geleitet wird, eine einheitliche sein soll, und wenn dieses Princip richtig ist, dann folgt auch daraus, dass die Stellen im Präsidium in der Hand einer Partei sein sollen. (Widerspruch links.) Ich bitte, das Präsidium muss deshalb nicht ein parteiisches Präsidium sein. Das ist richtig. Aber die Partei verwaltet ja und die Partei ist verantwortlich für die Verwaltung, und infolge dessen ist es, glaube ich, vollkommen logisch richtig, dass man in dieser Richtung das Verlangen der Opposition abgewiesen hat. — Was die Stellen im Stadtrathe betrifft, so wissen ja die Herren, dass auch im Kreise unseres Parteiverbandes wiederholt Anregungen gegeben wurden und dies sogar vom verstorbenen Bürgermeister wiederholt unterstützt worden ist, Ihnen, meine Herren, Stellen im Stadtrathe einzuräumen. Allerdings haben Sie immer mehr verlangt, als man Ihnen geboten hat. Sie wollten nur die Verwaltung an sich reißen, wenigstens successive an sich reißen, und das geht wieder nicht vom Standpunkte der Majoritätspartei.

Gegen das Princip, dass einige von Ihnen im Stadtrathe sitzen, um dort eine gewisse Controle auszuüben — und eine solche Controle kann durch sehr wenige Mitglieder Ihrer Partei geübt werden — gegen dieses Princip, glaube ich, ist nichts einzuwenden. Nun haben Sie es ja durchgesetzt. Herr Dr. Lueger — mit der Art und Weise seiner Wahl bin ich allerdings nicht einverstanden — sitzt darinnen, und dass er darin sitzt, ist eigentlich eine Erscheinung, welche wir nicht beklagen können; denn er weiß jetzt wenigstens, dass dort ordentlich gewirtschaftet wird. Er kann am Stadtrathe nichts aussetzen und muss seinen Parteigenossen selbst sagen: der Stadtrath arbeitet, wie er nur arbeiten kann. Als Controlor ist ja auch Dr. Lueger eine solche Kraft Ihrer Partei, dass er mehrere solcher Stellen vollkommen ersetzt.

Darüber können Sie beruhigt sein. Er erfüllt auch seine Pflicht im Stadtrathe. (Gem.-Rath Schneeweiß macht Zwischenrufe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Schneeweiß, bezähmen Sie doch Ihren Kampfeseifer. Sie können sich ja zum Worte melden und berichtigen; aber die fortwährenden Unterbrechungen stören außerordentlich. Sie werden auch nie unterbrochen, wenn Sie sprechen.

Gem.-Rath Dr. Vogler (fortfahrend): Er erfüllt auch seine Pflicht im Stadtrathe vollkommen, soweit es seine anderen Mandate gestatten. Er ist in der Lage, Ihnen ganz genauen Bericht über die Thätigkeit des Stadtrathes geben zu können.

Ich mache aber noch auf eines aufmerksam. So oft in dieser Richtung irgendein Entgegenkommen in unserem Parteiverbande sich gezeigt hat, ist es immer das Verhalten ihrer Partei gewesen, welches wieder die Sehnsucht darnach, zu einem Frieden zu gelangen, zurückgeschraubt hat; immer hat sich ein Ereignis ergeben, entweder hier im Gemeinderathe oder außerhalb desselben, wo Ihre Partei in solcher Weise gegen unsere Partei oder gegen einzelne aus derselben aufgetreten ist, dass man sich hat sagen müssen: das ist doch arg, mit diesen Herren freundschaftlich auszukommen, ist wirklich schwer. Sehen Sie, meine Herren, man muss bei aller politischen Gegnerschaft, wenn man auch nicht derselben Meinung ist, wie der Gegner, doch voraussetzen, dass der Gegner auch ein ehrlicher Mensch ist. An dieser Voraussetzung lassen Sie es häufig fehlen; daher kommen die großen Zwistigkeiten. (Zustimmung rechts.) Wenn daher von Umkehr und Gerechtigkeit gesprochen worden ist, so möchte ich doch bitten, die Umkehr zu-

nächst bei sich selbst einkehren zu lassen. Ich möchte Ihnen statt des Wortes „Umkehr" — „Einkehr" zurufen.

Was die Gerechtigkeit betrifft, kommt die dann von selbst; unsere Partei ist immer gerecht gewesen (Gelächter links), gerecht gegenüber allen denen, die Gerechtigkeit verdient haben. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wozu die Aufregung? (Zur Linken:) Ich muss bitten, Sie haben die merkwürdigsten Anschauungen über Redefreiheit, wenn einer von Ihren politischen Gegnern spricht. Lassen Sie ihn doch ausreden. (Rufe links: Er soll die Wahrheit reden!) Ich bitte, es hat kein Mitglied der Versammlung das Recht, vorzuschreiben, wie zu reden ist; das muss jedem überlassen bleiben. (Gem.-Rath Jedlička: Ich bitte, das auch uns zu gewähren!) Wenn jemand mit der Rede nicht einverstanden ist, so muss er sich eben entfernen. Ich bitte, den Herrn Redner ruhig ausreden zu lassen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Es ist ungeheuer schwer, es allen recht zu machen. Es ist ein altes Sprichwort, dass man es leider nie allen Menschen recht machen kann, und ich verlange auch gar nicht, dass ich es Ihnen recht machen soll. Schauen Sie, da ist heute Herr Gem.-Rath Gräf gekommen und hat sich beklagt, dass Herr Bürgermeister Dr. Grübl und ich in eine Wählerversammlung in seinen Bezirk hinausgekommen sind. Ja, meine Herren, gehen denn nicht auch Sie in Wählerversammlungen in alle Bezirke Wiens, und uns wollen Sie das verbieten? (Rufe links: Verbieten nicht!) Gestern hat es Herrn Gem.-Rath Grünbeck gefallen, zu sagen, Dr. Vogler hat mitgeholfen, auf die Vororte loszuschlagen. Ich weiß nicht, womit er diese Behauptung begründen will. Ich habe einfach im vorigen Jahre und vielleicht schon vor zwei Jahren den Nachweis geführt, dass speciell aus der Einverleibung der Vororte — ich bitte da wohl zu unterscheiden, Sie vermengen nämlich immer die Ausdehnung des Verzehrungssteuergebietes mit der Einverleibung — den Vororten keine finanzielle Mehrbelastung erwachsen ist. Diesen Beweis habe ich angetreten und meine Angaben sind nicht widerlegt worden, weil sie eben unwiderleglich sind. Er hat dann gesagt, jede Arbeiterfamilie zahlt heute 60 fl. Verzehrungssteuer. Nun, ich glaube wohl annehmen zu können, dass er da wieder die staatliche Verzehrungssteuer mit hineingemengt hat, weil die Herren das immer thun. Aber auch das dürfte falsch sein. Denn, wenn ich nur die communale Verzehrungssteuer per Kopf berechne, so macht sie zwischen 2 fl. 60 kr. und höchstens 3 fl. aus. Und wenn Sie nun das in die 60 fl. dividieren, so müsste der betreffende Arbeiter eine Familie von 18 bis 20 Köpfen haben! Das kann also gewiss nicht stimmen. Er hat sich übrigens auch in anderen Ziffern geirrt, indem er gemeint hat, die Vororte tragen jährlich zwei Millionen an Umlagen ein. Die Vororte haben schon vor der Einverleibung dreieinhalb Millionen an Communalumlagen gezahlt und dürften daher heute auch nicht weniger zahlen.

Weiters hat er gesagt, ja, die Paläste in den neuen Bezirken haben wir Ihnen hergestellt, in denen Sie sich jetzt breit machen, er hat aber dabei den Umstand vergessen, dass diese Paläste auf Schulden gebaut wurden und dass wir, die Commune Wien, diese Schulden bezahlen müssen.

Es wäre der Nachweis sehr leicht anzutreten, dass der alten Gemeinde Wien durch die Einverleibung der Vororte große Lasten erwachsen sind, dass sie z. B. für Pflasterungen, Canalisierungen, Erbauung neuer Schulen schon bisher viel geleistet hat und dass ihr jedenfalls noch mehr Lasten bevorstehen.

Wir nehmen nun diese Lasten gerne auf uns und wollen heute von einer Unterscheidung zwischen neuen und alten Bezirken gar nichts mehr reden; aber kommen Sie dann doch auch nicht immer mit solchen nichtssagenden Vorwürfen. Da möchte ich Sie auch bitten, wenn Sie wieder in Ihre Wählerkreise hinausgehen, sich doch immer mehr an die Wahrheit zu halten und nicht, wie das geschehen ist, den Wählern irgendetwas vorzumachen, was dem Sachverhalte nicht entspricht. (Unruhe links.) Ich bitte, meine sehr geehrten Herren, es hat z. B. die Debatte über das Schulbauten-Budget zutage gefördert, wie manche Herren ihre Informationen oberflächlich nehmen. Ich möchte nur erinnern an eine Rede des Herrn Gem.-Rathes Rauscher, aus der herausgeklungen hat, dass er nicht einmal über die Frage, was Restzahlungen sind, sich klar geworden ist. Wenn in der Weise in Wählerversammlungen gesprochen wird, wie es Herr Gem.-Rath Rauscher im Gemeinderathe gethan hat, so ist es begreiflich, dass die Wähler eine ganz irrige Anschauung darüber bekommen, wie hier vorgegangen wird. (Sehr richtig und Beifall rechts; Widerspruch links.)

Ich komme, sehr geehrte Herren, zum Schlusse. Ich constatiere nochmals, dass neue bedeutende Vorwürfe gegen unsere Partei selbst seitens des sehr gewichtigen Führers der Opposition nicht vorgebracht werden konnten. Ich constatiere, dass die Wirksamkeit des Stadtrathes von ihm nicht angefochten werden konnte, dass er im Gegentheile zugeben musste, dass der Stadtrath vollkommen richtig und gut functioniert. Ich constatiere daraus die Thatsache, dass die Gemeindeverwaltung, soweit dieselbe in den Händen unserer Partei gelegen ist, gut und richtig geführt wird. Damit schließe ich. (Beifall und Händeklatschen rechts; Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir müssen die Verhandlung abbrechen; die Fortsetzung derselben findet in der nächstfolgenden Sitzung statt. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 1/4 9 Uhr abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 10. April 1894.
Mittwoch, den 11. April 1894.
Donnerstag, den 12. April 1894.
Freitag, den 13. April 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **28. März 1894.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grübl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Dr. Huber,
Boschan, Dr. Lederer,
v. Götz, Dr. Lueger,
Dr. Hackenberg, Matthies,

Matzenauer, Dr. Stenzl,
Müller, Baugoin,
v. Neumann, Dr. Vogler,
Rückauf, Witzelsberger,
Schlechter, Wurm.
Schneiderhan,

Entschuldigt: St.-R. Noske.
Experten: Magistratsrath Dr. Sauer, Baurath Haberkorn.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

(1955.) **St.-R. Baugoin** referiert über die Herstellung eines Vorrathes an Grüften am Heiligenstädter Friedhofe und beantragt:

1. auf dem Heiligenstädter Friedhofe vier Doppelgrüfte auf der oberen Terrasse und drei einfache Grüfte an der Umfriedungsmauer mit einem Kostenaufwande von circa 2555 fl. herstellen zu lassen;

2. für die hiefür erforderlichen Steinmetzarbeiten eine beschränkte Offertverhandlung auszuschreiben, zu welcher die Firmen Hauser, Sommer & Weninger, sowie Wasserburger einzuladen sind; die übrigen Arbeiten aber im currenten Wege durch die städtischen Contrahenten zu veranlassen;

3. die hinter den beantragten einfachen Grüften nothwendige Einfriedungsmauer in der Länge von 9 m mit einem Kostenbetrage von 702 fl. 63 kr. durch den städtischen Contrahenten herstellen zu lassen.

Die Gesammtauslage per 3257 fl. 63 kr. ist budgetmäßig bedeckt. (Angenommen.)

(1937.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ludovica Fromm, Markt-Obercommissärs-Waise, um Erhöhung der Gnadengabe und beantragt, derselben vom 9. Februar 1894 an auf die Dauer von weiteren drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung, anstatt der bisherigen Gnadengabe von 100 fl. eine Gnadengabe von 120 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1811, 1968, 2035.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 12 Parteien aus dem XVII. Bezirke per 56 fl. 35 kr., nach 60 Parteien aus dem XVI. Bezirke per 94 fl. und nach 17 Parteien aus dem I. Bezirke per 61 fl. 5 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1516, 2017.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert in Betreff der Absperrung der Wegparcellen 324/5 und 324/6 in Gersthof, Schöffelgasse, durch Heinrich und Rosalia Hohl, beziehungsweise Ansuchen der letzteren um Grundabschreibung Einl.-Z. 248 in Gersthof, und beantragt:

1. von einer Besitzstörungsklage Abstand zu nehmen;

2. es werde den Eheleuten Hohl mit Rücksicht auf die von ihnen thatsächlich durchgeführte Parcellierung nach §§ 3 und 10 der Wiener Bauordnung der Auftrag ertheilt, binnen vier Wochen die unentgeltliche und lastenfreie Abschreibung des zur Eröffnung der Schöffelgasse in derselben Breite längs der Parc. 324/5 und 314/3 entfallenden Grundflächen Cat.-Parc. 324/6 und 314/4 per 102·6 m^2 zu veranlassen und das vorgeschriebene Niveau auf diesen Parcellen herzustellen.

St.-R. Müller beantragt, es sei wegen Erwerbung des in die Straße fallenden Grundes schleunigst zu verhandeln.

Der Antrag des St.-R. Müller wird angenommen.

In das Comité werden gewählt die St.-R. Dr. Lueger, Dr. v. Billing und Müller.

(3953, 8298, 9165, 9383 ex 1893.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Feststellung des Baulinienplanes für die Area der Franz Josefskaserne und beantragt:

1. Die Baulinienbestimmung für die Franz Josefskasern-Realität hat unter Zugrundelegung des Projectes Otto Wagners (General-Regulierungsplan) zu erfolgen.

Hiebei sind folgende Bestimmungen einzuhalten:

a) Die Dominikanerbasteigasse ist mit einer Breite von 22 m auszuführen, wobei die dermalige Baufluch des Postgebäudes auch als zukünftige Baulinie zu gelten hat.

b) Die Diagonalstraßen I und II sind mit einer Breite von 18 m, die Straßen III und IV mit 16 m, die Mittelstraße V mit 30 m Breite durchzuführen.

Die Baublöcke A und B können durch Querstraßen von je 16 m Breite getheilt werden.

Hinsichtlich der Lage und Richtung derselben ist die Zustimmung der Gemeinde zu erwirken.

c) Die Baublöcke B und C sind gegen den Aspernbrückenplatz durch Mittelrisalitbauten zu einer einheitlich wirkenden Fronte zu verbinden. Für den Verkehr in der Richtung der Diagonalstraße II ist durch Anlage entsprechender Thorwege vorzusorgen.

2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Planvorlage für den Gemeinderath auszuarbeiten.

Die St.-R. Dr. Lueger und Wurm beantragen, die Baulinien des anstoßenden Stadttheiles sind derart in Aussicht zu nehmen, dass die ehemalige Universitäts-Bibliothek erhalten bleibe und dass der Anschluss der alten Straßen, Barbara-, Prediger- und Bibergasse, in entsprechender Weise stattfinde.

Referenten-Antrag 1, a, b, c, d, angenommen; desgleichen der Referenten-Antrag sub 2 mit dem Zusatze: „ehestens dem Stadtrathe vorzulegen".

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird angenommen; das Wort „Bibergasse" hat jedoch zu entfallen.

(2165.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Straßenbespritzung in den ehemaligen Gemeinden Hernals und Neuwaldegg im XVII. Bezirke bis Ende 1894 und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Johann Rousseau (10.450 fl. Jahrespauschale und 8 fl. per Tagfuhr).

(Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(2028.) **St.-R. v. Götz** referiert über das Ansuchen des Vereines der Gärtner und Gartenfreunde in Hietzing um Widmung eines Ehrenpreises für die im April 1894 zu veranstaltende Ausstellung und beantragt, einen Ehrenpreis von 10 Ducaten sammt Etui zu widmen und die diesfälligen Auslagen auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(2003.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des D. Zifferer und Ernst v. Gotthelf um Baubewilligung IV. Bezirk, Karolinenplatz 1, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses gegen dem, dass der zur Risalit- und Thorportalanlage erforderliche Grund per 2·36 m^2 mit einer gleichgroßen Fläche des zur Verbreiterung der Belvederegasse abzutretenden Grundes compensiert werde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2046.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 12. März 1894, Z. 10391, betreffend die Baubewilligung für den

Dampfschornstein der Tabakfabrik im XVI. Bezirke, und beantragt die Kenntnisnahme im Sinne des § 106 der Wiener Bauordnung.

(Angenommen.)

(2001.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Ed. Cuny de Pierron um Schätzung des von der Realität Einl.-Z. 1599 II. Bezirk, Rothen-Sterngasse, zu Straßenzwecken abzutretenden Grundes und beantragt, dasselbe abzuweisen. (Angenommen.)

(2016.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Gustav Schweinburg um Baulinienbestimmung für Nr. 7 Sterngasse, I. Bezirk, und beantragt die Baulinienbestimmung für die Häuser Nr. 2 und 4 Marc-Aurelstraße bei einer Straßenbreite von 18 m nach der Linie r p und für die Häuser Nr. 5 und 7 in der Sterngasse bei einer Straßenbreite von 14 m nach der Linie $p\,l_1$.

St.-R. Müller beantragt, dass die Baulinie für die ganze Straße bestimmt und für dieselbe um die 18jährige Steuerfreiheit angesucht werde.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Der Antrag des St.-R. Müller abgelehnt.

(An den Gemeinderath.)

(2008.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des Josef Heller und Comp. um Grundtrennung Einl.-Z. 1188 und 1847 III. Bezirk, Obere Weißgerberstraße und Pfefferhofgasse, und beantragt die Genehmigung der Grundtrennung im Sinne des Bauamtsberichtes vom 7. März 1894, D.-Z. 570. (Angenommen.)

(2006.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Holzmann & Comp. um Abtheilung der Realität Einl.-Z. 911, IV. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der Grundabtheilung im Sinne der vorgelegten Pläne unter der Bedingung, dass der gelblasierte Grund nach dem vorgelegten Plane per 447·71 m² als Straßengrund abgeschrieben werde. (Angenommen.)

(1935.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef und der Theresia Brager um Löschung der Reallast auf Einl.-Z. 478, III. Bezirk, und beantragt die Ausfertigung der Löschungserklärung bezüglich der auf obiger Realität zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Reallast auf Kosten der Gesuchsteller. (Angenommen.)

(1810.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft und des Wiener Bankvereines um Grundab- und Zuschreibung Einl.-Z. 725 und 726 in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt, die Bewilligung zur Abtrennung des im vorgelegten Plane roth tingierten mit den Buchstaben P i e T G umschriebenen Grundes im Ausmaße von 43·66 m² von den Parcellen 704/5, 797/5 und 718/5 der Grundb.-Einl. Z. 726 Penzing und zur Zuschreibung dieses Grundes zur Grundb.-Einl. Z. 725 Penzing unter nachfolgenden Bedingungen zu ertheilen:

1. Es werde gleichzeitig mit dieser grundbücherlichen Zu- und Abschreibung der restliche Grund der unter einem zu cassierenden Einlage Z. 726 in das Verzeichnis für das öffentliche Gut eingetragen und kosten- und lastenfrei im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien übergeben.

2. Es werde von der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankvereine als Eigenthümer des Grundes Einl.-Z. 723 Penzing (projectierter freier Platz) die Verpflichtung übernommen, den von diesem Grunde zur Verbreiterung der fortzusetzenden Sechshauser Hauptstraße auf 18·96 m entfallenden Theil, bezeichnet im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a b c f d a (Bleistift), ferner den mit den Buchstaben d f e d (Bleistift) bezeichneten Theil der Einl.-Z. 723 auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien als Straßengrund abzuschreiben und kosten- und lastenfrei, sowie im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien zu übergeben.

3. Es werde zur Sicherstellung der Erfüllung dieser Bedingungen ein intabulationsfähiger Revers seitens der Eigenthümer ausgestellt.

(Angenommen.)

(1814.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Adolf und der Clementine Friedrich um Grundtrennung Einl.-Z. 171 in Fünfhaus, Rosinagasse, und beantragt die Genehmigung des Ansuchens.

(Angenommen.)

(2047.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Frankl um Grundab- und -Zuschreibung Einl.-Z. 2575 Ottakring und beantragt die Genehmigung der Grundab- und -Zuschreibung.

(Angenommen.)

(2051.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel Karsch um grundbücherliche Löschung Einl.-Z. 1481 bis 1488 und 1490 im V. Bezirke und beantragt die Ausstellung der vorliegenden Löschungserklärung bezüglich der auf den Häusern Conscr.-Nr.-Einl.-Z. 1481 bis 1488 und 1490 im V. Bezirke haftenden Reallast wegen Straßengrundübergabe und Niveauherstellung auf Kosten des Gesuchstellers. (Angenommen.)

(1898.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Lehrerswitwe Anna Irmler um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, derselben die ihr seinerzeit bewilligte Gnadengabe jährlicher 180 fl. vom 1. Mai 1894 an auf weitere drei Jahre oder bis zu dem Tage einer etwa früher erlangten anderweitigen Versorgung aus den eigenen Geldern zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1961.) **Derselbe** referiert über die Wahl des Cassiers und des Rechnungsführers des Armenrathes des III. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Thaler Wilhelm zum Cassier und des Track zum Rechnungsführer zu bestätigen. (Angenommen.)

(1945.) **Derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des II. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Binge Alexander, Strohhutfabrikanten, Karmelitergasse 5 (Functionsdauer bis Ende 1894), des Theumann Jakob, Hausbesitzers, Circusgasse 38, und des Walek Rudolf, Tapezierers, Kaiser Josefstraße 35 (Functionsdauer der letzteren bis Ende 1896), zu bestätigen. (Angenommen.)

(1997.) **Derselbe** referiert über die Ausstellung einer Freilassungserklärung hinsichtlich der mit einer Servitut belasteten Parc. 2288/2, 2289/3 in Wiener-Neustadt zu Gunsten der Hochquellenleitung und beantragt, die verlangte Servitutsfreilassung bezüglich der Parc. 2288/2 und 2289/3 zu bewilligen. (Angenommen.)

(1787.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Schuldienerswitwe Josefa Purkl um Anweisung der Pension und beantragt, derselben vom 1. Februar 1894 angefangen unter gleichzeitiger Einstellung des Pensionsbezuges ihres Gatten die normalmäßige Witwenpension per 220 fl. zuzuerkennen und die städtische Hauptcassa anzuweisen, der Genannten diese Pension in monatlichen, am zweiten eines jeden Monates fälligen Anticipativraten gegen vorschriftsmäßig gestempelte Quittung, welche vom Pfarramte in Bezug auf das Leben und den Witwenstand vidiert ist, auszubezahlen. (Angenommen.)

(2132.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Eingabe der k. k. Polizeidirection wegen Herstellung von Ventilationen in den Inquisitenzellen und Schubarresten der staatlichen Abtheilung des städtischen Polizeigefangenhauses und beantragt, den Act an den Magistrat mit dem Bemerken zurückzuleiten, dass der Stadtrath erst dann über den vorliegenden Antrag schlüssig werden kann, wenn die Frage der

angeforderten Zahlung eines Mietzinses für die vom Staate benützten Ubicationen im Polizeigefangenhause erledigt sein wird.

(Angenommen.)

(1980.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Direction des Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasiums über die definitive Wiederbesetzung von zwei Lehrstellen für Philologen und beantragt die Ausschreibung des Concurses für zwei Lehrstellen nach Antrag der Gymnasialdirection auf Grund der für Staatsmittelschul-Lehrstellen geltenden Modalitäten. (Angenommen.)

(1954.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 1. März 1894, Z. 15412, puncto Refundierung der anläslich der Überschwemmungsgefahr 1893 vorschussweise bestrittenen Gebüren für die als Schiffahrer verwendeten Sicherheitswachleute aus der Landeshauptcassa und beantragt, die Rückvergütung der mit dem vorliegenden Statthalterei-Erlasse angesprochenen Schiffahrergebüren, soweit dieselben zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 9. März 1892, Z. 2198, von der Gemeinde zu tragen sind, also im Betrage von 3343 fl. 80 kr. an die k. k. n.-ö. Landeshauptcassa zu genehmigen und die Erhöhung der im Budgetentwurfe pro 1894 mit 1290 fl. unter Rubrik XXI 6 angesetzten Ausgabs-Post „Vergütung der von der k. k. Statthalterei und der Polizeidirection vorschussweise bestrittenen Auslagen" auf den Betrag von rund 3550 fl. zu erwirken. (Angenommen.)

(2034.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Project für den Betoncanalbau I., Neuer Markt und Schwangasse, und beantragt die Genehmigung des vorliegenden Projectes für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Schwangasse und am Neuen Markte im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2649 fl. 80 kr. (Angenommen.)

(2091.) **Derselbe** referiert über den Mineralwassertarif für den Cursalon pro 1894 und beantragt, den von Marie Maier, Pächterin des Cursalons, vorgelegten Mineralwassertarif pro 1894 zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2052.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung von zwei Grundstücken in Mannswörth und beantragt, die von der Forstverwaltung Mannswörth vorgelegten zwei Pachtprotokolle, betreffend die Verpachtung der Abtheilung I der Bergwiese Cat.-Parc. 2346 in Mannswörth per 1 Joch 1088 □⁰ für die Zeit vom 1. November 1893 bis 31. October 1899 um den Jahrespachtzins von 28 fl. an Josef Schwarzäugl, Gastwirt in Mannswörth Nr. 9, weiters der Abtheilung II der Amtshauswiese Cat.-Parc. 2325 in Mannswörth per 1 Joch 192 □⁰ für die Zeit vom 1. November 1893 bis 31. October 1899 um den Jahrespachtzins von 16 fl. an Karl Schwarzäugl, Hausbesitzer in Mannswörth Nr. 85, unter den in diesen Protokollen enthaltenen Bedingungen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2101.) **Derselbe** referiert über die Entnahme des zur Vertheilung an Arme zu verwendenden Brennholzes aus den Forstbeständen des Fondsgutes Spitz a. d. Donau und beantragt:

1. Es seien behufs Vertheilung an Arme rund 800 Raummeter hartes Brennholz jedoch ohne Stöcke in derselben Weise wie das für den eigenen städtischen Haushalt benöthigte Holz aus den Beständen des Fondsgutes Spitz a. d. Donau auf den städtischen Holzlagerplatz in Wien verfrachten zu lassen, daselbst aufzustellen und es sei deren Bewertung rücksichtlich Einschätzung in der bisher üblichen Weise vorzunehmen;

2. das Marktamt sei zu ermächtigen, das Schneiden und Verkleinern dieses Brennholzes auf dem städtischen Holzlagerplatze gegen Bezahlung des üblichen Taglohnes per Raummeter zu veranlassen und mit der Ausfolgung des zu vertheilenden Holzes an die betreffenden Parteien zu betrauen;

3. die Kosten für dieses Brennholz seien zunächst, wie bisher, aus den fraglichen Stiftungsinteressen und Spenden zu bestreiten, der unbedeckt bleibende Restbetrag jedoch dem allgemeinen Versorgungsfonde zu entnehmen; die Ausfolgung der Holzanweisungen hat in der bisherigen Weise zu geschehen;

4. das Marktamt hat nach erfolgter Vertheilung über die erwachsenen Gesammtkosten zu berichten und sich gleichzeitig auch darüber zu äußern, wie hoch sich die Gesammtkosten für das gleiche Holzquantum im Falle des Ankaufes bei hiesigen Holzhändlern gestellt haben würden. (Angenommen.)

(2053.) **Derselbe** referiert über die Zurückziehung des Kaufofferts des Leopold Seiler bezüglich der Bürgerspitalfonds-Parcelle Conscr.-Nr. 80 in Simmering und beantragt, diese Anzeige zur Kenntnis zu nehmen. Diese Parcelle wird an den Pächter der Parcellen 802 und 803 Franz Humerecker auf die Dauer von sechs Jahren vom 1. November 1893 um den Pachtzins von 30 fl. weiter verpachtet. (Angenommen.)

(2072.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Vergebung der Arbeiten für die Linienwallabgrabung im XVIII. Bezirke und beantragt die Annahme des Bestbotes der Firma Zizka, Weiß & Comp. gegen den angebotenen Nachlass von 26·5 Percent gleich einer Ersparung von 710 fl. 92 kr.

(Angenommen.)

(1994.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichengeldern anläslich des Schulbaues in Unter-St. Veit, Auhofstraße Nr. 27, und beantragt die Auszahlung von Gleichengeldern in der herkömmlichen Weise im adjustierten Betrage von 445 fl. 90 kr.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 3. und 5. April 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3285 Stück
Fettschweine	7662 „
Summa .	10947 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7537 Stück
für das Land	1532 „
unverkauft blieben	1878 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . .	von 34 bis 43 kr.	per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 35 „ 46 „	

Der Geschäftsverkehr war für Jungschweine lebhaft und stiegen deren Preise um 2 kr. per Kilogramm; Fettschweine, schwach gefragt, büßten dagegen 1 kr. per Kilogramm ein.

* * *

Pferdemarkt vom 3. April 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 475 Pferde, — Wägen.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—600 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . . 20— 60 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 5. April 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3937, Kälber lebend 47, Lämmer Waidner 5318, Lämmer lebend 402, Schafe Waidner 299, Schafe lebend 8105, Schweine Waidner 1349, Schweine lebende junge —, Schweine fette —.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner . . . . . per Kg. von 34 (—) bis 54 (56) kr.
Kälber lebend . . . . . „ „ „ 34 (—) „ 44 (—) „
Lämmer Waidner . . . . per Paar von 2 bis 10 (—) fl.
Lämmer lebend . . . . . „ „ „ 4 „ 9 „
Schafe Waidner . . . . . „ Kg. von 24 (—) bis 40 (—) kr.
Schafe lebend . . . . . „ Paar von 10 bis 26 fl.
Schafe lebend . . . . . . „ Kg. von 23 (—) bis 32 (—) „
Schweine Waidner . . . . „ „ „ 42 „ 52 „
Schweine lebend junge . . „ „ „ — „ — „
Schweine lebend fette . . . „ „ „ — „ — „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 780 Stück Kälber mehr zugeführt.

Bei dem wieder verstärkten Angebote konnten sich die letztwöchentlichen Preise nur schwer behaupten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 2482 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge größerer Ankäufe für Paris trotz des höheren Auftriebes gut und ist daher kein Preisfall eingetreten.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 5. April 1894 49 Stück Mast- und 149 Stück Beinlvich aufgetrieben.

Bei lebhafter Nachfrage wurde die vorhandene Ware rasch abgesetzt. Die Preise waren gegen den Hauptmarkt um $\frac{1}{2}$ bis 1 fl. höher.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 2. April bis 5. April 1894:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Kleine Schiffgasse, Grundb.-Einl. 3915, von Albert Dub, Bauführer A. Goldenberg (2210).
V. Bezirk: Schulhaus, Herthergasse, Ecke der Steinbauergasse, Grundb.-Einl. 201, von der Stadt Wien, Bauführer A. Sallatmeyer (2164).
X. Bezirk: Hasengasse, Conscr.-Z. 518, von Paul Huber, Bauführer Kielmayer (12190).
„ „ Bürgerplatz, Einl.-Z. 2489, von Marie Keim, Bauführer Zeitlinger (12232).
„ „ XXXIX Ober-Laa, Laaerwald, von Aron Krug, Bauführer Marura, Zimmermeister (12302).
XI. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus sammt Schupfe, Simmering, Fuchsröhre, Parc. 1700 und 1701, von Johann und Anna Hahn, XI., Döblerhofgasse 15, Bauführer Karl Reichstätter, Maurermeister, III., Erdbergermais Nr. 2626 (4950).
„ „ Zwei Stockwerke hohes Wohnhaus, Simmering, Hauptstraße 27 und 29, Einl.-Z. 239 und 240, Parc. 222 und 223, von Karl Paul, XI., Hauptstraße 29, Bauführer Johann Schneider, Baumeister, XI. (5074).
XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Stättermayergasse 18, von Josef und Marie Nocar, XIV., Stättermayergasse 20, Bauführer Franz Brantner, Stadtbaumeister, XIV., Schweglerstraße 33 (9336).
XVII. Bezirk: Neuwaldegg, Hauptstraße 48, von Michael und Anna Böhm, Bauführer ? (11338).

Für Zubauten:

XIII. Bezirk: Hoftract, Baumgarten, Bahngasse 15, von Josef Czermak, Bauführer ? (8655).
„ „ Zweistöckiger, linksseitiger Fabrikszubau, Unter-St. Veit, Auhofstraße 28, Or.-Nr. 95, von Giuseppe Bossi Nachfolger, Bauführer Kopf (9544).
XIV. Bezirk: Aborte, Rudolfsheim, Marktgasse 13, von J. Franz Steiner, XIII., Schmidgasse 19, Bauführer Ed. Schwarzer, Stadtbaumeister, XIV., Schmelzgasse 2 (9400).
„ „ Hoftract, Rudolfsheim, von Ferdinand und Anna Sucla, XV., Österleingasse 4, Bauführer Heinrich Staub, Stadtbaumeister, XIII., Poststraße 40 (9753).
XVI. Bezirk: Ottakring, Langegasse 8, von Johann Schufinsky, XIV., Gemeindegasse 1, Bauführer Thomas Hofer (15762).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Ebendorferstraße 3, von Rosa Wirth, Bauführer C. Zeller (2150).
„ „ Tuchlauben 7, von Friedrich Notthaft, Baumeister (2161).
„ „ Universitätsstraße 6, von L. Bergmann & Comp., Bauführer J. Schnetterer (2170).
„ „ Griechengasse 4, von der Actien-Gesellschaft Steyrermühl, Bauführer Jg. Drápala (2220).
II. Bezirk: Antonsgasse 3, von Eduard Springer, Bauführer M. Kaiser (2190).
„ „ Obere Donaustraße 59, von Johann Nowak, Maurermeister (2201).
IV. Bezirk: Große Neugasse 32, von Franz Steinhauser, Bauführer J. Haschek (2217).
„ „ Heugasse 78, von Theodor Neumann, Bauführer C. Holzmann (2219).
VI. Bezirk: Eisvogelgasse 4, von Friederike Leiritz, Bauführer? (2154).
X. Bezirk: Richardgasse 12, von Basilius Lipp, Bauführer Julius Halla (12120).
„ „ Wienerfeldgasse 3, von Josef und Marie Mader, Bauführer Wetsch (12189).
„ „ Himbergerstraße 7 a, von ?, Bauführer Joh. Schweitzer (12227).
„ „ Leebgasse 59, von Franz Hübner, Bauführer Johann Schweitzer (12272).
„ „ Canongasse 14/16, von Schmidt & Comp., Bauführer Hable (12337).
XII. Bezirk: Hetzendorf, Hauptstraße 22, Herzgasse 2, von Margaretha Schneider, Bauführer Jos. Schaufler (9434).
XIII. Bezirk: Hietzing, Hauptstraße 1, von Anna Arnold, Bauführer Kopf (8884).
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 75, von Wenzel Regal, ebenda, Bauführer Thomas Mann (15463).
„ „ Neulerchenfeld, Burggasse 6, von Josef und Cäcilie Reiner, ebenda, Bauführer Vincenz Haschek (15483).
„ „ Ottakring, Wichtelgasse 15, von Therese Kober, Bauführer Josef Pollak (15532).
„ „ Neulerchenfeld, Reinhartgasse 6, von Josef Malčik, ebenda, Bauführer Vincenz Haschek (15764).
„ „ Ottakring, Abelegasse 17, von Adolf Heider, ebenda, Bauführer Karl Lang (15986).
XVII. Bezirk: Hernals, Ottakringerstraße 72, von Cölestin Michel, ebenda, Bauführer Anton Dittel (11468).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Lichthof-Eindeckung, Dammstraße 39, von Kalban & Damask, Bauführer A. Schlesak (2198).
„ „ Canal, Taborstraße 79, von Johann Nowak, Maurermeister (2201).
XI. Bezirk: Vergrößerung einer Küche, Kaiser-Ebersdorf, Feldgasse 138, von Johann Haindl, ebenda, Bauführer Franz Rubens, Maurermeister, Mannswörth (4949).
„ „ Reconstruction des Einfahrtsthores, Simmering, Hauptstraße 134, von Leopold Gärtner, XI., Simmering, Hugogasse 3, Bauführer Anton Heindl, Baumeister, XI., Simmering (4900).

XII. Bezirk: Seitentract-Aufstellung, Gaudenzdorf, Plankengasse 21, von Ant. Herrgesell, Bauführer Wenzel Voit (9750).
" " Rauchfang-Aufbau, Unter-Meidling, Wilhelmstraße 46, von Jos. Tinhof, Bauführer Joh. Lausecker (9733).
" " Planken-Aufstellung, Hetzendorf, Hauptstraße 5, von Josef Schaufler, Bauführer derselbe (9683).
" " Gruftherstellung, Altmannsdorfer Friedhof, von Leopold Zierer, Bauführer Michael Borak (9681).
" " Abort- und Düngergruben-Herstellung, Gaudenzdorf, Sackgasse 12, von Marie Krall, Bauführer Wenzel Voit (9217).
XIII. Bezirk: Hauscanal, Penzing, Bahngasse 49, von Vincenz Wilhelm, Bauführer Ziegelwanger (9521).
" " Abort und Senkgrube, Baumgarten, Hauptstraße 37, von Walburga Krug, Bauführer Alber (9523).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Märzstraße 38, von Franz Wicha, ebenda, Bauführer Eduard Horn, Stadtmaurermeister, XIII., Hütteldorferstraße 11 (9736).
XV. Bezirk: Aus einem Kellerfenster eine Einwurfsöffnung, Fünfhaus, Pelzgasse 1, von Franciska Rotter, ebenda, Bauführer Heinrich Stagl, XV., Haidmannsgasse 4 (8260).
XVI. Bezirk: Ottakring, Effingergasse 26, von Leopold Glaser, ebenda, Bauführer Ferdinand Scholz (15846).
" " Schupfen, Ottakring, Wilhelminenstraße 88, von Adalbert und Theresia Kloloučnik, ebenda, Bauführer Franz Lehninger (15761).
" " Neulerchenfeld, Brunnengasse 57, von Josef Maretschek, ebenda, Bauführer Josef Baldia (15987).
" " Stall, Ottakring, Festgasse 10, von Josef Wegl, Bauführer Karl Lang (15041).

Stockwerks-Aufsetzungen:

III. Bezirk: Stammgasse 2, von Philipp Röder, Wienstraße 15, Bauführer M. Gasselseder (2188).
XIII. Bezirk: Ziegelofen-Gebäude, Breitensee, Wienerstraße 2, von Felicitas Rosenthal, Bauführer ? (8140).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Schwarzingerstraße 5, von Heinrich Staudigl, Malzgasse 5 (2186).
III. Bezirk: Erdbergstraße 132, von Josef Schwender noe. A. Jakoubek'sche Erben (2171).
" " Erdbergstraße 138, von Johann Rubatscher (2178).
" " Gürtelstraße, Grundb.-Einl. 2740, von Heinrich Weiner & J. Steiner, Staudingergasse 9 (2215).
V. Bezirk: Griesgasse, Grundb.-Einl. 334, von Josef Reichert (2230).
VII. Bezirk: Burggasse 36, von Georg Kleibl & Paul Schedifka, Wildemanngasse 9 (2181).
" " Lerchenfelderstraße 83, Badhausgasse 6, von Theresia und Robert Bittner (2184).
IX. Bezirk: Nußdorferstraße 73, von Josef Kell, XIX., Hauptstraße 1 (2169).
" " Nußdorferstraße 19, von der Dicasterial-Gebäude-Direction (2212).
" " Sechsschimmelgasse, Grundb.-Einl. 1512, von P. Zimmermann (2236).
X. Bezirk: Canongasse 16, von Rudolf Schmidt & Comp. (11908).
XIII. Bezirk: Parcelle 269, 272, Einlage 172, Unter-St. Veit, Hauptstraße 15, von Joh. Friedrich Geißl (8249).
" " Parcelle 497/1, 498, Einlage 194, Hütteldorf, von Lorenz und Josef Zöch (8801).
" " Parcelle 336/46, Einlage 319, Lainz, von Friedrich Freiherrn v. Skul (8973).
" " Parcelle 2, Ober-St. Veit, Bogner- und Bischofgasse, vom Erzbisthum Wien (8601).
" " Parcelle 223—24, 320, 214, 219, Breitensee, von Dr. Felicitas Oesterreicher (9124).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Lerchengasse 3, von Franz Mayer, ebenda (9735).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Herbststraße 45, von Ferdinand Meißner (14815).
XVIII. Bezirk: Währing, Antonigasse 76, von Ludwig Willersdorfer (10755).
" " Währing, Neugasse, Einl.-Z. 1789, von Josef Rossi (10781).
" " Währing, Ferstelgasse, Einl.-Z. 1787, von Josef Rossi (10782).
" " Währing, Neugasse, Einl.-Z. 1788, von Josef Rossi (10783).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

XI. Bezirk: Simmering, Theresiengasse 34, Conscr.-Nr. 130, von Josef und Eva Sedlaček, XI., Simmering, Hauptstraße 52, Bauführer Ferd. Kaindl, Baumeister, XI., Simmering (5019).

Gewerbeanmeldungen vom 30. März 1894.

(Fortsetzung.)

Knap Josef — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XIV., Sechshauser Gürtel 5.
Kostka Johann — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVIII., Währing, Blumengasse 12.
Smolčič Paul — Hutmacher — XVIII., Währing, Wienerstraße 84.
Mička Matthias — Klaviertischler — V., Grüngasse 23.
Hrbek Anton — Kleidermacher — VI., Webgasse 22.
Pasko Eduard — Kleidermacher — VI., Magdalenenstraße 76.
Sundt Marie — Kleidermacherin — III., Salesianergasse 15.
Goldsand Marcus — Kleider-Commissionshandel — IV., Favoritenstraße 27.
Csillag Rosa — Krägen- und Manschettenputzerei — X., Quelleng. 57.
Lipr Johann — Kürschner — V., Wildenmanngasse 1 b.
Picha Johann — Kunststein-Erzeugung — V., Matzleinsdorferstraße 8.
Dietrich Marie — Mechanische Stickerei — XVIII., Währing, Gürtelstraße 72.
Kolbenberger Rudolf — Metallwarenfabrik — V., Mittersteig 16.
Bradl Johann — Milchmeiergewerbe — XIII., Breitensee, Matzingergasse 7.
Schäffer Marie — Milchmeiergewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Zwerggasse 10.
Pfeiffer Ida — Milch-, Gebäck-, Canditen-, Eier- und Butter-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 116.
Schumann Helene — Modistin — VI., Millergasse 31.
Lammer Ferdinand — Musikalienhandel — XV., Schönbrunnerstr. 14.
Schröder Marie — Obst-Verschleiß — XVI., Wilhelminenstraße 61.
Blazek Josef — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
Döblinger Francisca, Haag Karoline — Pfaidler — IV., Margarethenstraße 26.
Miskolczy Josef — Pfaidler — VI., Mariahilferstraße 53.
Porkert Josef — Photographiegewerbe — VI., Canalgasse 5.
Hanak Anna — Schmuckfedern- und Kunstblumen-Verschleiß — VII., Burggasse 48.
Bielcik Martin — Schuhmacher — XV., Zinkgasse 15.
Nowak Karl — Schuhmacher — XIV., Fischergasse 20.
Wareßka Johann — Schuhmacher — XVIII., Währing, Abt Karlg. 5.
Ambroschitz Johann — Schuhobertheil-Erzeugung — X., Erlachgasse 23.
Dalleschitzky Friedrich — Stadtlohnfuhrwerk — V., Fockygasse 3.
Fabits Josef — Tischler — X, Inzersdorferstraße 38.
Deutsch Jakob — Tuchreste- und Abfällehandel — XVIII., Währing, Zimmermannsgasse 15.
Thala Josef — Uhrmacher — III., Hauptstraße 68.
Kammhuber Aloisia — Victualienhandel — VII., Markthalle.
Radons Rosalia — Victualienhandel — VI., Markthalle.
Pleschko Anna — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — X., Simmeringerstraße 178.
Kostelecky Anna — Wäscheputzerin — X., Columbusgasse 64.
Braun Antonie — Zeitungs-Verschleiß — IX., Türkenstraße 8.
Steiner Ignaz — Zuckerbäcker — VI., Gumpendorferstraße 111.
Wedl Wilhelm — Zuckerbäcker — XIII., Hietzing, Hauptstraße 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 31. März 1894.

Brauner Josef — Cigarrenspitzen- und Cigarettenhülsen-Erzeugung — XVI., Ottakring, Rittergasse 6.
Krishaber Jakob, Singer Adolf, Rann Friedrich — Commissionswarenhandel — I., Eßlinggasse 9.
Mendl Heinrich, Mendl Fritz — Commissionswarenhandel — I., Schottenring 32.
Plank Rudolf, Edler v. — Commissionswarenhandel — I., Giselastr. 6.
Radl Franz — Einspänner — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 82.
Budin Ludwig — Fiaker — XI., Simmering, Ravelinstraße 256.
Markones Alois — Fiaker — XIII., Penzing, Poststraße 54.
Freund Helene — Fleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Märzstr. 57.
Benz Marie — Galvaniseurgewerbe — I., Fleischmarkt 8.
Egert Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Große Neugasse 3.
Weimann Karl — Graveur- und Emailleurarbeiten-Erzeugung — VI., Laimgrubengasse 9.
Deutschland Theodor, Schlesinger Max — Handel mit Damen- und Kinderkleidern — I., Rothenthurmstraße 31.
Lewicki Emil — Honigbäckerei-, Mohn- und Nußbeugel-Erzeugung — VIII., Stolzenthalergasse 24.
Nemeček Anna — Kleidermacherin — IV., Fleischmanngasse 7.
Stock Marie — Kunstblumen-Erzeugung — XVIII., Währing, Maynollogasse 11.
Chotil Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Marktplatz 3.
Glatz Marie — Pfaidlerin — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 31.
Grünwald Jakob, Schlesinger Leopold — Pferdehandel — XIX., Heiligenstadt, Barawitzkagasse 10.

Weinberger Richard — Pferdehändler — XVI., Ottakring, Yppengasse 4.
Czaba Antonie — Schreibtisch-Verschleiß — V., Fockygasse 31.
Dorner Karl — Schuhmacher — VI., Stumpergasse 42.
Steffa Bartholomäus — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 16.
Toifl Josefine — Seifen-, Kerzen-, Parfumeriewaren-, Toiletteartikel- und Petroleum-Verschleiß — III., Ungargasse 24.
Bednař Wenzel — Spiegelbelegerei — VIII., Pfeilgasse 1.
Rosenfeld Marcus — Thee- und Spirituosenhandel — VI., Windmühlg. 7.
Rosset Julie — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele — III., Schlachthausgasse 4.
Czaska Karl — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Hausner Franz — Victualien-Verschleiß — VI., Millergasse 21.
Kuß Elisabeth — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Liebhartsgasse 2.
Hacon Josefa — Victualien- und Geflügelhandel im Umherziehen — XIII., Penzing, Flachgasse 7.
Eizinger Theresia — Webergewerbe — VI., Millergasse 21.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 2. April 1894.

Barbach Moses Berl — Anstreicher — II., Nestroygasse 8.
Hackl Marie — Bierschank — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 13.
Kolař Barbara — Blumenhandel im Umherziehen — III., Baumg. 45.
Bliem Josefa — Brunnenmachergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Lerchengasse 5.
Handl Karl — Buchbinder — VII., Schottenfeldgasse 43.
Lauer Hersch — Commissionswaren-Verschleiß — I., Gonzagagasse 23.
Schwab Anton — Dachdecker — II., Mühlfeldgasse 5.
Fleischer Christine — Dienstvermittlung für männliche und weibliche Dienstboten gewöhnlicher Kategorie — VII., Schottenfeldgasse 6.
Beyer Johann — Emailmaler — VII., Burggasse 71.
Birkl Anton — Einspänner Nr. 99 — XV., Fünfhaus, Fünfhausg. 2.
Mayr Francisca — Einspännergewerbe Nr. 84 — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 15.
Müller Adolf Josef, Dr. — Erzeugung und Verschleiß eines Mundwassers und Zahnpulvers — I., Neuer Markt 1.
Mößner Johann — Fiaker Nr. 318 — XII., Meidling, Ehrenfelsg. 17.
Jäger Ire — Fleisch-Verschleiß — III., Großmarkthalle.
Kronych Karl — Fragner — VIII., Strozzigasse 22.
Nicolay Adolf — Gastwirt — IX., Porzellangasse 24 b.
Unterberger Alois — Gastwirt — IX., Spitalgasse 21.
Widynzky Konrad — Gastwirt — IX., Simondenkgasse 2.
Baum Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 24.
Lamm Isidor — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 26.
Sagl Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Eisengasse 36.
Wiesner Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Fuchsthalerg. 7.
Wohlmuth Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schönlaterng. 3.
Bauer Josef, Szigeti David, Kleemann Julius — Handel mit fertigen neuen Damenkleidungsstücken — I., Franz Josefs-Quai 1.
Engel Alexander — Herausgeber der „Österreichischen Feuilleton-Correspondenz" — II., Rembrandtstraße 32.
Bliem Josefa — Canalräumergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Lerchengasse 5.
Friedmann Cäcilie — Kleidermacherin — II., Antonsgasse 1.
Hedwig Hermine — Kleidermacherin — I., Tiefer Graben 22.
Kohl Sophie — Kleidermacherin — VIII., Schlösselgasse 20.
Stejskal Matthias — Kleidermacher — III., Rennweg 70.
Swatosch Karl — Kleidermacher — II., Bäuerlegasse 8.
Fischhaber Albert — Kostgeber — VIII., Lerchenfelderstraße 156.
Rittberg Cornel Alfons, Graf — Milch-Verschleiß — II., Mühlfeldg. 10.
Bezнák László — Musiker — IX., Alserstraße 30.
Dabell Theodor — Musiker — VII., Mariahilferstraße 44.
Blüh Moriz — Pfaidler — I., Rabenplatz 2.
Schnitt Pauline — Pfaidlerin — VIII., Albertplatz 4.
Zipper Hermann — Pfaidler — I., Rabenplatz 2.
Jellinek Isidor — Pferdehandelsagentie — II. Praterstraße 22.
Kempen von Fichtenstamm Jeanette — Privat-Arbeitsschule — XII., Meidling, Ferdinandsgasse 3.
Hauf Anton — Schlosser — XII., Meidling, Rosenhügelstraße 22.
Riska Anton — Schlosser — XI., Simmering, Michelstraße 21.
Thiel Francisca — Schnittwarenhandel — V., Grüngasse 29.
Endisch Wilhelm — Schuhmacher — VI., Bürgerspitalgasse 9.
Güntner Josef — Schuhmacher — XI., Simmering, Rinnböckstraße 34.
Rausch Marie — Schuhmachergewerbe — XV., Fünfhaus, Fünfhausg. 5.
Gerstenberg Emma — Schweißblätter-Erzeugung — VII., Schottenfeldgasse 25.
Schreglmann Michael — Selchwaren-Verschleiß — II., Rotunde, Ausstellungsraum.
Wenz Magdalena — Selchwaren-Verschleiß — IX., Schlagergasse 10.
Graf Marie — Spirituosenhandel — X., Raaberbahngasse 20.
Knotzer Johanna — Trödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 118.
Gabriel Johann — Uhrmacher (Nichtbetrieb) — IX., Porzellangasse 38.
Heide, Antonie von der — Uhren-Verschleiß — II., Karmelitergasse 8.
Nemrha Elisabeth — Verschleiß von optischen Waren — X., Himbergerstraße 7.
Goller Elise — Victualienhandel — XII., Meidling, Lainzerstraße 78.
Stein Pauline — Victualien-Verschleiß — II., Darwingasse 8.
Wojtech Franz — Victualien-Verschleiß — IV., Phorushalle.
Tschörner Franz — Wäschergewerbe — III., Ungargasse 52.
Schrader Anna — Wäscheputzerin — II., Klosterneuburgerstraße 24.
Muth Josef — Weinschenker — XIX., Nußdorf, Kahlenbergerstraße 30.
Haagen Josefa — Weißnäherin — II., Lichtenauergasse 9.
Kaiser Hermine — Weißnäherin — IX., Mosergasse 9.
Körner Ernestine — Zeitungs-Verschleiß — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 116.
Wenzl Anton, Kral Franz — Zimmermannsgewerbe — II., Marchfeldstraße 5.
Erste Arbeiter-Productiv-Genossenschaft der Schuhmacher in Wien, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung — Erzeugung und Verschleiß aller in das Schuhmacherfach einschlagenden Artikel — VII., Westbahnstr. 30.

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Nadler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.